

Vorbildhaft integriert!



Das sollen ‚die Türken‘ erstmal nachmachen: Gunter Hiestand, (mitte rechts), Vorsitzender des Bundes der Deutschen Landjugend sowie weitere Mitglieder der Landjugend, übergeben eine Erntekrone an den Landwirtschaftsausschuss des Deutschen Bundestages. Foto: Deutscher Bundestag/Lichtblick/Achim Melde

Den Schwerpunkt dieser Ausgabe bilden kritische Stellungnahmen und Analysen rund um die sogenannte Integrationsdebatte. Was wir derzeit im Geiste Thilo Sarrazins zu hören bekommen, ist zwar alles ist nicht neu. Gleichwohl beobachten wir eine neue Vehemenz der offen oder verdeckt rassistischen Ausgrenzungsversuche, mit denen sich Deutschland schon seit Jahren hervorgetan hat. Jobst Paul geht dem nur scheinbar vermittelnden Argument nach, man solle den ökonomischen Nutzen von qualifizierten Einwanderinnen nicht unterschätzen. Er zeigt, dass eine solche interkulturelle Orientierung im Kontext einer ökonomischen Staatsräson steht, bei der die Frage der Produktivität von Menschen zum Maßstab von kultureller Zugehörigkeit gemacht wird. (S. 2) Wir dokumentieren außerdem die Stellungnahme „Demokratie statt Integration“ des Netzwerks Kritische Migrations- und Grenzregimeforschung. (S. 5) Dazu hat Siegfried Jäger ein ausführliches Gespräch mit Manuela Bodjadzjev und Serhat Karakayali geführt. Beide haben die Stellungnahme mitverfasst, welche die derzeitige Rede von der Integration kritisch hinterfragt. (S. 6)

Aus dem Inhalt

Fatale Antworten auf
Herrn S.

Der „Mantel des
Schweigens“ fällt. Zur
Ausweitung des
Sagbarkeitsfeldes

„Demokratie statt
Integration“ - Eine
Stellungnahme

Den Begriff der
Integration
verteidigen oder
kritisieren?

Volk, Raum und Rasse

Medien, Macht und
Meinungsmache

Diskursanalyse und
Politikwissenschaften

Impressum

Das DISS-Journal wird
herausgegeben vom
Duisburger Institut für
Sprach- und
Sozialforschung (DISS)
Siegstr. 15
47051 Duisburg
Tel.: 0203 / 20249
Fax: 0203 / 287 881
mail: info@diss-duisburg.de
www.diss-duisburg.de
blog: www.disskursiv.de

Fatale Antworten auf Herrn S.

Ökonomie und Minderheiten-bashing zum 20. Jahrestag der Einheit

Jobst Paul

In seiner Ansprache zum 3. Oktober 2010 ließ Bundespräsident Wulff den rassistisch-biologistischen Tenor der Sarrazin-Debatte unkommentiert und übernahm stattdessen deren ‚ordnungspolitischen‘ Reduktionismus. So, als habe die Einwanderung in die BRD gerade erst begonnen und als seien nicht bereits ganze Generationen von Einwanderern deutsche Staatsbürger, forderte Wulff die Beachtung von deutschem „Recht und Gesetz“, von „unsrerer(n) gemeinsamen Regeln“ und das Akzeptieren von „unsere(r) Art zu leben“. In einem polemischen Schwenk gegen „multikulturelle Illusionen“ setzte er hinzu, diese hätten bei Einwanderern stets zum „Verharren in Staatshilfe, Kriminalitätsraten, Machogehabe, Bildungs- und Leistungsverweigerung“ geführt.

Bereits tags zuvor hatte der ehemalige rot-grüne Präsidentschaftskandidat Joachim Gauck im Berliner Abgeordnetenhaus – aus ‚christlicher Fürsorge‘, wie er andeutete – die Gruppe der ‚integrationsunwilligen Ausländer‘ mit Forderungen und Drohungen bedacht. Überrascht meldete daher die *Neue Zürcher Zeitung* aus Berlin „eine ganz neue Tonlage“ (4. Oktober 2010, Titel) und die Wiederaufnahme der deutschen ‚Leitkultur‘-Rhetorik, nun als Haltung aller politischer Lager: Wulff und Gauck hätten „an diesem historischen Tag“ eine Tonlage aufgenommen, „die ziemlich genau zwei Wochen nach der ersten Welle der Empörung über Sarrazin aufkam und sich derzeit immer deutlicher in nahezu allen Lagern durchsetzt.“

Auch wenn die NZZ Wulffs Wendung „deutsch lernen“ als „deutsch leben“ missverstand (ein seltener Lapsus des Blatts), kommentierte sie doch plausibel, der Präsident habe – gemeinsam mit Merkel und Gabriel, „wenn nicht explizit, so doch in der Stossrichtung letztlich nur das Postulat von der Leitkultur“ wiederholt, „mit dem sich 2000 der damalige CDU-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Friedrich Merz, noch entsetzte Kritik eingehandelt hatte.“

Offenbar hat die Berliner politische Mitte in einem gemeinsamen rechten Manöver ihre Definitionsmacht gegen außerparlamentarische Konkurrenten wie Thilo Sarrazin und Alice Schwarzer wieder durchgesetzt. Um „den oft feindliche(n), ausgrenzende(n) Duktus“ Sarrazins (NZZ) einzufangen, bietet sie neue autoritäre Maximen gegenüber Minderheiten auf. Und: In verblüffender

Einmütigkeit erwähnten weder Gauck noch Wulff als Bezugspunkt das Grundgesetz oder die deutsche Geschichte vor 1989.

All dies liefert genug Grund (nun allerdings auch mehr Transparenz), eine Analyse zu wagen, in die zumindest drei weitere Aussagen der Akteure eingehen sollten. So bezeichnete Gauck nicht nur (erstens) die ins Visier genommene Minderheit als „Abgehängte“, die einer „selbst gewählten Ohnmacht“ erlegen seien, also als Handelnde gelten müssen. Er fasst in dieser Minderheit auch (zweitens) „integrationsunwillige Ausländer“ und die „Empfänger von Hartz-IV-Arbeitslosengeldern“ zusammen. Drittens schreiben sowohl Wulff wie Gauck der neu erfundenen Minderheit potenziell eine gegen die bestehende Gesellschaft gerichtete Militanz zu. Während Wulff bei ihr Verachtung für „unser Land und seine Werte“ vermutet und „mit entschlossener Gegenwehr“ droht, ruft Gauck den Staat auf, den „merkwürdigen Zustand“ zu beenden, dass jene, „die die deutsche Kultur ablehnten, sie sogar bekämpften und denunzierten“, trotzdem vom Staat versorgt sein wollten. Wulff sprach ebenfalls von „durchaus notwendigen Debatten“, machte als Feinde jedoch bereits „fundamentalistische“, bzw. „rechte oder linke Extremisten“ dingfest.

Angesichts dieses Bedrohungsszenarios wirkt das Arsenal der Gegenmittel, das nicht nur Wulff und Gauck in Position bringen, allerdings ernüchternd: Es ist hauptsächlich der Besuch von Deutschkursen, an den die Auszahlung von Geldern geknüpft werden könnte, bzw. die Ahndung von Bildungsunwilligkeit, wie Wulff mit Bezug auf Aussagen der Berliner Jugendrichterin Kirsten Heisig sagte. Ob allerdings hier das Nahziel des großen rhetorischen Aufwands liegt, ist zweifelhaft.

Mehr Sinn macht die Vermutung, dass vorläufig die Bestimmung einer flexibel deutbaren ethno-sozialen Minderheit wichtiger zu sein scheint, die künftig im öffentlichen Diskurs mit hohem politischen Segen mit rassistischem wie sozialdarwinistischem Unterton charakterisiert oder gar mit ‚terroristisch‘-fundamentalistischen Motiven belegt werden darf. Dann aber hat sich der „feindliche, ausgrenzende Duktus“ Sarrazins ein Gutstück der Mitte einverleibt, und dass es keine ‚nur‘ rhetorische Ausgrenzung gibt, wird auch Wulff und Gauck bekannt sein.

Lässt man im übrigen die überwunden geglaubte Kategorie des ‚Asozialen‘ einmal beiseite, so erinnert das Etikett der ‚Integrationsunwilligen‘, die der Gesellschaft feindlich gegenüber stehen, an die Klasse, die schon die Politologie des Altertums als die ‚gesetzlosen Außenseiter‘ beschrieb, die zu den Waffen greifen¹ und denen kein staatsbürgerlicher Status zusteht.

Doch die „Abgehängten“ bildeten nur das Ende der Festtagsrhetorik zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit. Am anderen Pol standen insbesondere bei Wulff überraschenderweise völlig andere staatsmännische Überlegungen. Gegen „Legendenbildungen, Zementierung von Vorurteilen und Ausgrenzungen“ vorzugehen, sei im nationalen deutschen Interesse. Die Zukunft gehöre Nationen, „die offen sind für kulturelle Vielfalt, für neue Ideen und für die Auseinandersetzung mit Fremden und Fremdem“. Im Wettbewerb mit aufstrebenden Ländern wie Indonesien, Brasilien, China, Russland oder Indien, müsse Deutschland „mit seinen Verbindungen in alle Welt offen sein gegenüber denen, die aus allen Teilen der Welt zu uns kommen“. Wulff krönte diese Rhetorik mit dem vielleicht erstmaligen Eingeständnis eines deutschen Bundespräsidenten, neben dem Christentum gehöre das Judentum „zweifelsfrei zu Deutschland“, aber der Islam gehöre inzwischen auch zu Deutschland.

Es gibt eigentlich nur eine einzige Möglichkeit, einen sinnvollen Zusammenhang zwischen diesen staatsmännischen und den zuvor gegen eine Minderheit gerichteten Aussagen herzustellen: Insbesondere Wulff stellte eine mögliche interkulturelle Orientierung Deutschlands nahezu ausschließlich in den utilitaristischen Kontext einer ökonomischen Staatsräson. Statt die reziproken Prozesse interkulturellen Austausches an sich und als produktiv und innovativ zu bejahen, interessierte sich der Bundespräsident für Interkulturalität letztlich nur als Teil des Images der deutschen Exportindustrie. Auch was die deutsche *Kultur* selbst – außerhalb ökonomischer Zwänge – sei und was sie ihrerseits in einen interkulturellen Austausch einbringen könnte, dazu konnte Wulff nichts sagen.

Wirtschaftliche Expansion ‚von Deutschland aus‘, begleitet gar von militärischen Begleitmaßnahmen, kann allerdings tatsächlich nicht als interkulturelle Veranstaltung

¹ Aristoteles, Politik, Buch I, Kapitel 2.

durchgehen. Umgekehrt aber scheint für Wulff hier der Kern „unsere(r) Art zu leben“ zu liegen. Die erfolgreiche Integration von ‚Migranten‘ läge dann in deren ‚Beitritt‘ und Bekenntnis zum ökonomischen und nur insofern nationalen Wir-Gefühl der Deutschen. Eine religiöse (und kulturelle) Zugehörigkeit, solange sie nicht ins ökonomische Glaubensbekenntnis hineinredet, darf dann offenbar gern ‚zu Deutschland gehören‘.

Und doch bleibt das Szenario noch unvollständig: Zunächst haben Wulff, Gauck, Seehofer u. a. die Umriss der ethno-sozialen Schicht der ‚Abgehängten‘, die künftig mit hohem Segen ‚etwas‘ rassistisch und sozialdarwinistisch diskreditiert werden dürfen, ohne Zweifel deutlich genug konturiert. Das Manöver wird allerdings erst ganz durchschaubar, wenn nicht nur jene, die abgewertet, sondern auch das politische Klientel, das *Wir*, betrachtet wird, um das Wulff, Gauck, Seehofer u. a. derzeit mit der politischen Rechten ringen – immerhin im Vorfeld der Landtagswahlen in Sachsen-An-

halt, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz im März 2011.

Um dieses *Wir* zu ermitteln, dessen Selbstwertgefühl gestärkt werden soll, genügt es, kurz die ethischen Nebenkosten der derzeitigen ökonomischen Staatsräson zu benennen, deren Verdrängung nicht weniger zur deutschen Identität der Gegenwart gehört. So dienten viele der internationalen ‚faulen‘ Kredite, die die Weltwirtschafts- und Finanzkrise mit auslösten, dem Kauf deutscher Güter und damit der deutschen Exportindustrie, während die Kosten der Krise in Deutschland zum Gutteil dem Steuerzahler aufgebürdet wurden. Überwiegend mittlere Einkommensbezieher und ihre Familien, die ohnehin vom sozialen Abstieg bedroht sind, hat dies besonders aufgebracht. Als Mittel, sie nicht ans rechte Spektrum, vor allem aber nicht als willige Produktivkraft zu verlieren, scheint es probat, ihnen kräftige Feindbilder anzubieten – aber nicht nur: Ausgerechnet von marktliberaler Seite wird für sie nun eine

Geldkompensation durch Lohnerhöhungen gefordert (Brüderle).

Das Klientel, das *Wir*, dessen Unmut derzeit offensichtlich kanalisiert werden muss, scheint jedoch umfangreicher: Mit dem Argument, Deutschland werde bald das Schlusslicht der Industriestaaten bilden, hatte Gerhard Schröder schon zuvor einen von Ausbeutung geprägten Niedriglohnssektor abgesteckt, der zwischenzeitlich in die soziale Konkurrenz mit den Empfängern staatlicher Transferleistungen manövriert worden ist. Die umfassende Durchsetzung von Mindestlöhnen könnte die Spannungen vielleicht mildern, aber nicht vergessen machen, auf wessen Kosten auch hier getrickt wurde. Es ging der deutschen Wirtschaft nicht um Chancengleichheit auf dem Weltmarkt: Der Niedriglohnssektor diente der deutschen Exportwirtschaft, wie heute sichtbar wird, der nachhaltigen Übertrumpfung ihrer internationalen Konkurrenz.

Wenn der „Mantel des Schweigens“ fällt Die Ausweitung des Sagbarkeitsfeldes

Unterschiedliche Politiker haben den gewachsenen Spielraum des Sagbaren schnell genutzt, darunter der bayerische Ministerpräsident Seehofer am 9. Oktober 2010: „Es ist doch klar, dass sich Zuwanderer aus anderen Kulturkreisen wie aus der Türkei und arabischen Ländern insgesamt schwerer tun.“ Daraus ziehe er den Schluss, „dass wir keine zusätzliche Zuwanderung aus anderen Kulturkreisen brauchen“. Gleichzeitig forderte er - ebenso wie Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) - schärfere Sanktionen gegen Integrationsverweigerer. (http://www.wz-net.de/wz_21_109577926-1-53861_Seehofer-Zuwanderungsstopp-fuer-Tuerken-und-Araber.html?WZID=0ffb214beb25d55564f56ab2220c43bd) Der Ministerpräsident von Hessen, Volker Bouffier (CDU), meinte, nicht Deutschland müsse sich ändern, sondern die islamischen Einwanderer müssten es (ebd.). Der CDU-Fraktionschef im Landtag von Schleswig-Holstein, Christian von Boetticher: „Was machen wir mit denjenigen, die nicht wollen?“ In besonders krassen Fällen, so seine Fraktionskollegin Astrid Damerow, müssten Sanktionsmöglichkeiten angewandt werden: die Aufenthaltsgenehmigung etwa nicht zu verlängern, die Einbürgerung zu verweigern oder staatliche Unterstützung zu kürzen. Laut von Boetticher muss bei Straftätern auch über Abschiebung gesprochen werden. Doch gerade über das Problem der Kriminalität von Migranten werde ein „Mantel des Schweigens“ gehüllt, kritisierte er. (Kieler Nachrichten 6. Oktober 2010, http://www.kn-online.de/schleswig_holstein/landespolitik/198554-Kieler-Landtag-debattiert-ueber-Integration.html). Am 6. Oktober 2010 ließ sich Heinz Buschkowsky, Bezirksbürgermeister des Berliner Bezirks Neukölln, zitieren: „Buschkowsky appellierte, ‚die vorhandene Deutschenfeindlichkeit und Gesellschaftsablehnung als Faktum zur Kenntnis zu nehmen und nicht wieder alles gleich schönreden‘.“ (<http://www.welt.de/politik/deutschland/article10105192/Buschowsky-Was-Wulff-zum-Islam-nicht-gesagt-hat.html>) Am 8. Oktober meldete Welt-Online: „Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer (CDU), hat Maßnahmen gegen Deutschenfeindlichkeit an Berliner Schulen angemahnt. ‚Wir müssen die Berichte von Berliner

Schulen ernst nehmen: Es sind offensichtlich keine Einzelfälle mehr, dass sich Schüler und Lehrer deutschfeindliche Äußerungen anhören müssen‘, sagte Böhmer der ‚Passauer Neuen Presse‘.“ (<http://www.welt.de/politik/deutschland/article10147150/Boehmer-prangert-Mobbing-deutscher-Schueler-an.html>). Am 10. Oktober 2010 folgte Bundesfamilienministerin Schröder und Grünen-Chef Özdemir: „Führende Politiker von CDU und Grünen haben vor einer ‚Deutschenfeindlichkeit‘ innerhalb der Bundesrepublik gewarnt. Laut Bundesfamilienministerin Schröder müssen sowohl Ausländer- als auch Deutschenfeindlichkeit bekämpft werden. Grünen-Chef Özdemir forderte Schritte gegen Deutschenfeindlichkeit an Schulen. Auf Schulhöfen sei diese Haltung, genauso wenig akzeptabel wie jede andere Form von Diskriminierung“. (<http://www.domradio.de/news/68236/politiker-warnen-vor-deutschenfeindlichkeit.html>). Am 12. Oktober 2010 interpretierte Bundeskanzlerin Merkel die Aussagen Seehofers vom 9. Oktober kurzerhand um: „Seehofers Bemerkung sei auf Fachkräfte zugeschnitten gewesen, die auch aus ihrer Sicht vorrangig ‚aus der Vielzahl von arbeitsfähigen, aber leider langzeitarbeitslosen Menschen in Deutschland‘ rekrutiert werden müssten. „Ansonsten bleiben wir Heimat für viele Menschen und wir hoffen, dass sie sich in Deutschland wohlfühlen.“ (<http://www.tagesspiegel.de/politik/merkel-deutet-seehofer-um/1954516.html>). Am 18. Oktober 2010 schritt Innenminister Thomas de Maizière (CDU) zur Tat und wollte „mit einer Umfrage in den Ländern feststellen lassen, wie viele Ausländer nach ihrer Einreise den verpflichtenden Integrationskurs schwänzen oder abbrechen. Ein erstes Zwischenergebnis aus Niedersachsen deutet dem Bericht zufolge darauf hin, dass die Zahl der Unkooperativen offenbar nicht besonders hoch ist. Demnach hatten etwa 3,8 Prozent der vorgesehenen Teilnehmer ihren Pflichtkurs ohne ausreichenden Grund nicht angetreten oder nicht beendet.“ (<http://www.abendblatt.de/politik/deutschland/article1665955/Streit-um-Zuwanderung-Qualifizieren-statt-anwerben.html>). (Stand 18. Oktober 2010). J.P.

Fasst man zusammen, so scheint die politische Mitte gegenwärtig zu versuchen, mit dem Streuen rassistischer und sozialdarwinistischer Botschaften rechte Parteigründungen zu verhindern, die ihr Wählerpotenzial im sozial verunsicherten Mittelstand und bei den Beziehern geringer Einkommen, insgesamt aber wohl auch bei den ‚Nicht-Wählern‘ suchen könnten. Doch bleibt dies eine ‚realpolitische‘ Lesart, neben der grundsätzlichere Folgerungen möglich sind.

So wird derzeit die nahezu ausschließlich ökonomische Bestimmung einer deutschen ‚Identität‘ so weit getrieben, dass die ökonomische Produktivität bzw. Nicht-Produktivität von Menschen mit einer ‚kulturellen‘ Zugehörigkeit bzw. Nicht-Zugehörigkeit gleichgesetzt wird. Während bisher in Spitzenreden zu nationalen Gedenktagen, unter Hinweis auf das Grundgesetz und die deutsche Geschichte vor 1989, an einen Verfassungspatriotismus appelliert wurde, trat an diese Stelle nun ein allein ökonomisches Verständnis der deutschen Identität, das an

die Nachkriegsjahre des Wirtschaftswunders erinnert.

Dass dieser Schwenk in einem Moment geschieht, in dem in der Bevölkerung ein besonders hohes Potenzial von Angst und Verdrängung vermutet wird, enthüllt die Brüchigkeit des Verfassungspatriotismus. Andererseits ermöglicht die ökonomistische Legitimation eines deutschen Patriotismus – wie derzeit gut zu verfolgen ist – die Normalisierung von rassistischen und sozialdarwinistischen Ressentiments. So gesehen handelt es sich um einen diskursiven Reflex auf die Sarrazin-Debatte, in deren Zentrum die Normalisierung *bevölkerungspolitischer*, d.h. *biologistischer* Ressentiments stand: Diese *biologistische* Attacke wurde nun mit dem alternativen Angebot *rassistischer* und *sozialdarwinistischer* Begründungen für die Exklusion von Minderheiten pariert.

Dies deutet auf eine gemeinsame legitimatorische Tiefenstruktur der Aufrufe zur Ausgrenzung anderer hin, auf ein Dreieck

der Ausgrenzung: Offenbar bedürfen sie der Berufung auf eine von allen anerkannte ‚moralische‘ Begründung des ‚Wir‘. In deren Dienst stellen sich Sprecher wie Wulff und Gauck, um *andere* aufzufordern, für diese ‚moralische‘ Begründung Loyalität und Gehorsam einzufordern, bzw. Sanktionen durchzusetzen – bei der bezeichneten Minderheit. Der mediale Alarmismus spiegelt den Konkurrenzkampf dieser Sprecher – auch um Macht untereinander und Honorierung, und den immer neuen (kritischen) Versuch anderer, die Normalisierung bestimmter ‚moralischer‘ Begründungen von Ausgrenzung zu verhindern. Mit dem 20. Jahrestag der Einheit sind diese Fronten außerordentlich klar gezogen worden. Dass dabei das Grundgesetz unter den Tisch fiel, zeigt das Ausmaß der Provokation.

Gut gemeint - und doch daneben

Muss man ein so toller Supermigrant sein, um für den DGB als „gut integriert“ zu gelten?

Und was ist dann mit den anderen (eigenen Mitgliedern)?

DGB
BILDUNGSWERK

Erfolgreiche Migrantinnen und Migranten aus Drittstaaten
„Vorbildhaft“ – Gut integriert!

INTERKULTURELLER JAHRESKALENDER
2011

Logo of the European Union

Die folgende Stellungnahme zur derzeitigen Integrationsdebatte wurde vom Netzwerk *Kritische Migrations- und Grenzregimeforschung* initiiert. Sie wurde von über 400 Personen erstunterzeichnet und am Freitag, den 1. Oktober 2010 unter dem Titel *Nein zur Ausgrenzung in der tageszeitung* veröffentlicht. Ende Oktober hatten sich über 3.000 Personen dieser Stellungnahme angeschlossen.

Demokratie statt Integration

Die Bundesbank ist Thilo Sarrazin los. Damit ist die Geschichte aber längst nicht vorbei. Denn beunruhigend sind nicht allein die populistischen Thesen dieses Bankiers, beunruhigend ist vielmehr die Plausibilität, die seinen Ausführungen zugestanden wird. Eine erstaunliche Anzahl von PolitikerInnen, WissenschaftlerInnen und MeinungsmacherInnen sind sich einig: Der Sarrazin'sche Biologismus hat zwar in Deutschland einen besonderen Hautgout, im Kern aber habe der Mann doch Recht. Nicht wenige feiern den ehemaligen Finanzsenator Berlins als Tabubrecher mit visionärem Blick für Deutschlands Zukunft. Wir fragen: welches Tabu? Die Skandalisierung der Migration gehört zum Standardrepertoire in Deutschland. Es ist sinnlos, den infamen Behauptungen von Sarrazin et al. wissenschaftliche Fakten entgegenstellen zu wollen, um zu beweisen, was MigrantInnen „wirklich“ tun oder lassen.

Man kann diese Debatte nicht versachlichen, denn nichts an ihr ist richtig. Wir akzeptieren schlicht keine Haltung, die gesellschaftliche Verhältnisse nach Kosten-Nutzen-Erwägungen durchrechnet und Arme und MigrantInnen zur Ausschusspopulation erklärt. Dies geschieht im Kontext einer globalen Wirtschaftskrise, von der nur allzu klar ist, wer ihre Folgen tragen soll.

Wir wollen das Offensichtliche klar stellen. Wir leben in einer Einwanderungsgesellschaft. Das bedeutet: Wenn wir über die Verhältnisse und das Zusammenleben in dieser Gesellschaft sprechen wollen, dann müssen wir aufhören, von Integration zu reden. Integration heißt, dass man Menschen, die in diesem Land arbeiten, Kinder bekommen, alt werden und sterben, einen Verhaltenskodex aufnötigt, bevor sie gleichberechtigt dazugehören. Aber Demokratie ist kein Golfclub. Demokratie heißt, dass alle Menschen das Recht haben, für sich und gemeinsam zu befinden, wie sie miteinander leben wollen. Die Rede von der Integration ist eine Feindin der Demokratie.

Noch vor kurzem wurden MigrantInnen der besonderen Missachtung von Frauenrechten bezichtigt. Die aktuelle Hysterie zeigt aber einmal mehr, dass es den KritikerInnen der Migration nicht um Gleichberechtigung geht: Hier wird über Frauen nur noch als Gebärende gesprochen, die entweder zu viel oder zu wenig Nachwuchs produzieren. Es muss darum gehen, rechtliche und politische Strukturen zu schaffen, die es MigrantInnen ermöglichen, selbstbestimmt ihr Leben zu gestalten – und das beinhaltet auch, das Ausländerrecht zu verändern.

Wenn selbsternannte LeistungsträgerInnen sich ein quasi „naturegegebenes“ Recht zubilligen, über die Daseinsberechtigung anderer zu urteilen, dann ist das wohl ein neuer Mix aus Neoliberalismus und Rassismus. Bisher wurden Sprache, Kultur und religiöse Gebräuche der migrantischen Minderheiten für deren Lebensverhältnisse verantwortlich gemacht. Jetzt sollen es die Gene sein. Bisher wurde behauptet, dass durch Leistung, Arbeitsethos und Anpassung ein Platz in der Gesellschaft gesichert ist. Jetzt wird ganzen Gruppen nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die Fähigkeit dazu abgesprochen. Inakzeptabel ist nicht nur der Rassismus, der in den Ausführungen von Sarrazin und seinen Mitläufern steckt, sondern auch die darin enthaltene Konsequenz, Hierarchien in dieser Gesellschaft als unverrückbar zu erklären und damit Politik an sich, die Konflikte, Verhandlungen und Kämpfe um ein besseres Leben für sinnlos zu erklären.

Es sind politische Entscheidungen, die für die Verarmung und soziale Deklassierung zunehmender Teile der Bevölkerung verantwortlich sind. Reden wir davon, wie dieses Deutschland jahrzehntelang den Eingewanderten ihre sozialen und politischen Rechte vorenthalten hat. Reden wir davon, dass MigrantInnen der Zugang zu Bildung, Wohnraum und Arbeitsplätzen, in öffentliche Institutionen und Ämter ebenso wie in Clubs und Fußballvereine systematisch erschwert wird. Das Problem sind weder die Armen noch die MigrantInnen, das Problem ist eine Politik, die Armut und Rassismus produziert. Das Problem ist eine Gesellschaft, die sich auch über Ausgrenzung definiert.

Unübersahbar ist, wie viele Sarrazin eilig beispringen und nach dem Recht auf Meinungsfreiheit rufen, ganz so, als ob er ein Problem hätte, seine Thesen öffentlich zu machen. Die Kritik an ihm wird zum Angriff auf die Freiheit des Wortes stilisiert. Der Aggressor wird so zum Opfer, auch das ist leider eine sehr gewöhnliche Inszenierung. Wer Sarrazins bevölkerungspolitische Ansichten übernimmt, arbeitet mit an der Spaltung unserer Gesellschaft.

Denn: Wenn Integration irgendetwas bedeuten kann, dann doch nur, dass alle drin stecken!



Rolf van Raden

Patient Massenmörder

Der Fall Ernst Wagner und die biopolitischen Diskurse

Edition DISS Bd. 25

ISBN: 978-389771-754-1

184 S., 24 €

1913 tötete Ernst August Wagner seine Frau, seine vier Kinder, neun weitere Personen und verletzte elf Personen schwer. Bis 1938 fristete er sein Leben in einer psychiatrischen Anstalt. Robert Gaupp, Leiter der Universitätsnervenklinik Tübingen, machte Ernst Wagner zu seinem Fall. Als Befürworter von Eugenik, Rassenhygiene und Zwangssterilisation forderte er schon 1920 die „Vernichtung lebensunwerten Lebens“.

Rolf van Raden untersucht das Geflecht damaliger biopolitischer Diskurse. Erstmals werden die den Fall bis heute begleitenden Schriftdokumente aus Presse, Politik und Wissenschaft erfasst und kritisch kommentiert.



Klaus Holz / Heiko Kauffmann / Jobst Paul (Hg.)

Die Verneinung des Judentums

Antisemitismus als religiöse und säkulare Waffe

Edition DISS Bd. 22

ISBN 978-3-89771-751-0

184 S., 22 €

Der Band umfasst Analysen antisemitischer Positionierungen in Medien, Politik, Wissenschaft, Religion und Alltag. Thematisiert wird die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und dessen gegenwärtige Wiederbelebung im Islamismus.

Soll der Begriff „Integration“ kritisiert oder verteidigt werden?

Ein Gespräch mit Serhat Karakayali und Manuela Bodjadzijev vom Netzwerk Kritische Migrations- und Grenzregimeforschung zum Umgang mit Begriffen im Einwanderungsdiskurs

DISS: Eure Stellungnahme zur gegenwärtigen „Integrationsdebatte“, die mittlerweile von knapp 3000 Wissenschaftlerinnen, Künstlerinnen, Praktikerinnen unterschrieben wurde, ist bei uns im DISS und seinem Umfeld teilweise kontrovers diskutiert worden. Dabei wurde ihre grundsätzliche Stoßrichtung „gegen Rassismus“ natürlich nicht in Frage gestellt. Dennoch tun sich aus diskursanalytischer Sicht einige Fragen auf. Zunächst zum Konzept der Integration allgemein! Wenn „Integration“ in den öffentlichen Debatten semantisch mit (Zwangs-) Assimilation gleichgesetzt wird, ist das natürlich klar abzulehnen. Aber sollten wir nicht das Konzept einer „gegenseitigen Integration“ gegen die neuen und alten Rassisten mit aller Kraft verteidigen?

Manuela Bodjadzijev & Serhat Karakayali: Die Gegenfrage ist, ob es einen Begriff der „gegenseitigen Integration“ geben kann und ob der Versuch, das ganze egalitär-solidarisch zu besetzen, aussichtsreich ist. Denn der Begriff und das Konzept der Integration sind schon lange – zumindest in der Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland – ordnungspolitisch ausgerichtet. Er taucht in der Vergangenheit dort auf, wo nach 1973 – dem Jahr, in dem der Anwerbestopp verhängt wurde – von der Entstehung von Ghettos und damit von sozialen Unruheherden und „sozialem Sprengstoff“ geredet wird. Auch diese Rede ist, ebenso wie der sich zu dieser Zeit etablierende Diskurs der Integration, als Reaktion auf die politischen und alltäglichen Organisierungsbemühungen von Migrantinnen und Migranten zu lesen. Vermutlich ließe sich zeigen, dass es hier eine bis in die Anfänge der Sozialpolitik zurückreichende Genealogie gibt, etwa den Umgang mit den berühmten „gefährlichen Klassen“. Integration impliziert unter einer solchen Perspektive eine strukturelle Asymmetrie: Integriert wird in etwas, nämlich die herrschende soziale Ordnung. Zugleich geschieht noch etwas Weiteres: Diese Ordnung wird samt ihrer Bevölkerung als existent und in gewisser Weise auch homogen gedacht und gesetzt. Sexistische Geschlechterverhältnisse, Klassenkämpfe etc. werden mit dem gleichen Wisch negiert. Insofern werden damit allerlei soziale Kompromisse organisiert. Solidarität stellen wir uns aber anders vor. Mit anderen Worten, wenn wir Integration kritisieren, so nicht oder nicht nur, weil damit in Wirklichkeit oft oder meistens Assimilation gemeint ist. Mehr noch, wir glauben, dass der Begriff spezifisch die seltsame

Verschränkung von Bürgerschaft mit ethnisierter Majorität, von Klassenkonflikten und Rassismus operationalisiert.

DISS: Im Umfeld der so genannten Integrationsdebatte werden einige weitere problematische Begriffe immer selbstverständlicher verwendet. Auch die Rede von der Zuwanderung sollte überdacht werden, meine ich. Auch hier liegt ein semantisches Problem vor. Denn ZU-Wanderung betont das von Außen in unser Inneres eindringen. Mitgedacht ist dabei, dass man das verhindern müsse, dass man es steuern müsse, dass Einwanderung zu beschränken sei, erschwert werden müsse, von Integrationsvorgaben für Einwanderinnen, die tendenziell auf Assimilation zielen, abhängig gemacht werden müsse etc. Zuwanderung enthält somit eine gegen Einwanderinnen gerichtete Polemik, gegen die anzugehen sei. Halte Ihr das für übertrieben?

Bodjadzijev & Karakayali: Dass insbesondere konservative Kräfte mit dem Begriff der Zuwanderung genau dieses angesprochene Machtverhältnis zum Ausdruck bringen wollen, ist unübersehbar. Diese Politiken der Begriffs-Etikettierung sind aber u. E. zu einem großen Teil kontingent. Mit anderen Worten, man könnte sich auch ein Szenario vorstellen, in dem die jeweiligen Begriffe genau umgekehrt besetzt werden. Die angesprochenen semantischen Gehalte könnte man schließlich auch für den Begriff der Einwanderung reklamieren. Aber es ist auch richtig, dass wir in der letzten Dekade eine Auseinandersetzung beobachten können, in der die zukünftige Einwanderung so mit Integration der niedergelassenen Bevölkerung verschränkt werden soll. Auf diese Weise wird quasi wieder aberkannt, was ja erst vor zehn Jahren offiziell zugegeben wurde, dass Deutschland ein Einwanderungsland sei. Denn darüber zu reden, dass zukünftige Einwanderung nicht gewollt ist, meint damit auch, ein Signal an die migrantische Bevölkerung nach innen zu setzen. Aufgrund des demografischen Bedarfs nach Arbeitskräften wird sich dieser Gegensatz in der Zukunft weiter zuspitzen.

DISS: Auch die Rede von „Migranten“, ist problematisch, da dieser Begriff und seine Ableitungen („Migration“, „Migrationshintergrund“) inzwischen alle negativen Assoziationen hervorrufen, die alte und neue Rassisten schon immer gegen Einwanderinnen ins Feld geführt haben. Solche Begriffe sind inzwischen in aller Munde, o.k. Aber

sollten wir uns deshalb auch solcher rassistisch aufgeladener Begriffe bedienen?

Bodjadzijev & Karakayali: Die Frage ist, ob es unschuldige Begriffe geben kann. Kann es Begriffe, Ausdrücke oder Namen geben, die sich schlechterdings nicht vereinnahmen oder umkehren lassen? In der insbesondere migrantischen antirassistischen Praxis zeigt sich diese Problematik gleichsam mit umgekehrten Vorzeichen, wenn z.B. rassistische Begriffe rekuperiert werden. Am Beispiel der US-amerikanischen Geschichte der Selbstbezeichnungen im Antirassismus kann man sehr gut sehen, dass die Frage der Bedeutungsgehalte, die mit Bezeichnungen transportiert werden, mit der Geschichte der Entwicklung dieser Bewegungen zusammengedacht werden muss: Es würde in die Irre führen, den Weg vom „Negro“ über „Black“ zu „People of Color“ als eine lineare Aufklärungsgeschichte darzustellen. Der Begriff Migrant hat unseres Erachtens ein anderes Problem, das in der Ambivalenz eben dieser Sache liegt. Er suggeriert, dass auch noch in der 3. und 4. Generation die Personen nicht nach Deutschland gehören. Insofern kann die Selbstbeschreibung als Migrantin eben diese rassistischen Konnotationen transportieren und ggf. zur Sprache bringen. Deshalb sind Bezeichnungen wie „Migranten“ nicht per se rassistisch aufgeladen. Unserer Einschätzung nach ist das auch nicht der Fall. Vielmehr soll ja in der aktuellen Situation (auch wenn das Spiel alt ist) nicht nur Migration an sich problematisiert werden, sondern, wie sich Seehofer ausdrückte, werden „Menschen aus bestimmten Kulturkreisen“ ins diskursive Assoziationsfeld gerückt. Etikette wie „muslimisch“ dienen genau dieser kulturellen Askription.

DISS: Entsprechendes gilt für „Parallelgesellschaft“. Dieser Begriff ist inzwischen bei Vielen absolut negativ aufgeladen, vielfach sogar kriminalisiert. Sollten wir nicht darauf bestehen, dass solche Communities ihr eigenes Existenzrecht haben, ihre eigene Sprache und ihre eigene Kultur und auch ihre eigene Religion pflegen können? Wir sollten doch auch in dieser Hinsicht nicht hinter das Grundgesetz zurückfallen, indem wir „mit dem Strom schwimmen“. Gerade in Deutschland besteht die Notwendigkeit, sich gegen biologische oder kulturalistische Formen des Rassismus zu wenden, denn dieser hat in Gestalt des Antisemitismus erst vor ein paar Jahrzehnten zum millionenfachen Massenmord geführt.

Bojadzjev & Karakayali: Das ist ein verwickeltes Problem. Zunächst einmal sollte man den Begriff der Parallelgesellschaft gründlich hinterfragen. Zu Recht haben Wissenschaftler und Publizisten immer wieder darauf aufmerksam gemacht, dass es für einen solchen Begriff eigentlich keinerlei überprüfbare Indikatoren gibt, die nicht auch auf andere gesellschaftliche Gruppen, also bestimmte Berufsgruppen etwa oder Subkulturen zutreffen würden. Norbert Elias hat einmal gesagt, dass nicht die gänzlich Exkludierten, die ein Leben außerhalb der herrschenden sozialen Ordnung führen, den Hass der „Normalen“ auf sich ziehen, sondern jene, die gerade an der Inklusionschwelle stehen und Schulen besuchen, in Mietshäusern wohnen, in Supermärkten einkaufen und Ärzte aufsuchen. Was man also zurückweisen sollte ist die Unterstellung einer selbst gewählten Abschottung. Erst kürzlich wurde gezeigt, dass es nicht türkischstämmige Bürger sind, die deutschstämmige (wie soll man Differenz markieren, ohne Differenz zu markieren?) Nachbarn ablehnen, sondern umgekehrt (Studie von Pfeiffer).

Trotzdem wäre es ein Versuch, den Begriff der Parallelgesellschaft, zumindest ironisch, positiv zu konnotieren. Die Erfahrungen aus der Geschichte der Migration und der Praxis der Einwanderungsbewegung zeigt, dass Netzwerke einen erheblichen Stellenwert dabei haben, dass Migration überhaupt stattfindet und wie sich das Leben nach der Ankunft und in der Diaspora, um einen für Deutschland eher ungewöhnlichen Begriff zu bemühen, organisiert. Was aber trotzdem interessant ist und was man untersuchen muss, sind die Überlebensstrategien, die sich in solchen Communities entwickeln: Der familiäre Zusammenhalt, der eben auch mit einer Reaktivierung so genannter traditioneller Normen und Werte einhergehen kann aber nicht muss. Der hohe Stellenwert, der der Familie beigegeben wird, gilt auch für die in aller Regel nichtmuslimischen Einwanderer aus Lateinamerika oder Asien. Was sie gemeinsam haben, ist ihre prekäre soziale und rechtliche Situation.

DISS: Außerdem ist die Ablehnung von „Parallelgesellschaften“ völlig absurd, wenn wir an das vereinigte Europa denken. Sollen die Niederlande, England, Frankreich oder die Türkei ebenfalls mit diesem Begriff traktiert werden?

Bojadzjev & Karakayali: Solange die infamen Anderen woanders leben, kann man sie sogar genießen. Das ist ja bereits im klassischen Orientalismus der Fall. Wir denken aber, der Vergleich mit anderen europäischen Ländern ist unter den gegenwärtigen Diskurskonstellationen wenig hilfreich. Man muss zwar einerseits zeigen, dass der Kulturalismus, mit dem wir es hier zu tun haben, kontingent ist, „im Prinzip“ also jede Gruppe treffen kann, sobald sie in eine Konfliktkonstellation tritt. Darauf hatten

bereits Adorno und Horkheimer in ihren Thesen zum Antisemitismus aufmerksam gemacht. Andererseits aber gibt es historisch spezifische Konjunkturen des Rassismus, die diese Kontingenz einschränken: Im England des neunzehnten Jahrhunderts traf es die irisch-katholischen Einwanderer, heute sind es vor allem in Frankreich, Deutschland und anderen europäischen Ländern die als muslimisch etikettierten Anderen. Eine historische Perspektive kann dazu beitragen, konstitutive Elemente des Rassismus herauszuarbeiten und zum Beispiel zu zeigen, wie dabei soziale Schichtungsprozesse mit kulturellen Praxen zusammenwirken, wie sich Gruppen in sozialen Kämpfen überhaupt erst bilden und wie auch der Widerstand gegen den Rassismus den Rassismus verändert.

DISS: Die um das Konzept „Integration“ kreisenden Begrifflichkeiten werden offenbar in den laufenden Debatten umgedeutet und verkehrt. Haltet Ihr dies nicht auch für eine politisch notwendige Form der Gegenwehr?

Bojadzjev & Karakayali: Es wäre gut zu verstehen, welche Begriffe du als um das Konzept „Integration“ kreisend siehst. Wir denken ja, dass der Begriff nicht zu halten ist. In unserer Stellungnahme haben wir ihn dem Demokratiebegriff entgegengesetzt, zugegebenermaßen ist dies ein sehr emphatischer Begriff von Demokratie, der aber zumindest in der aktuellen Konstellation den Vorteil hat, die Gegenseitigkeit, die du in deiner ersten Frage ansprichst, herauszustellen. Wir sind der Meinung, dass Migration ein gesellschaftliches Verhältnis und zugleich ein Konfliktfeld produziert, das alle betrifft. Diese Aussage erscheint zunächst banal. In der aktuellen politischen Situation kann man mit ihr aber zeigen, dass Migration konstitutiv für diese Gesellschaft ist und eben kein Randproblem, ausgelöst durch die „Ränder der Gesellschaft“.

Die Fragen stellte Siegfried Jäger.

Manuela Bojadzjev hat zur Geschichte und Gegenwart von Rassismus und Migration in Deutschland promoviert und arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Europäische Ethnologie der Humboldt-Universität zu Berlin. Sie ist Mitglied der Sound Art-Gruppe Ultra-red.

Serbat Karakayali war aktiv in einem Arbeitskreis des DISS, bevor er in Frankfurt am Main Soziologie, Politikwissenschaften und Philosophie studierte und über „Gespenster der Migration“ promovierte. Zurzeit ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie an der Universität Halle und Mitglied des Netzwerks *Kritische Migrations- und Grenzregimeforschung*. Das Netzwerk versammelt vorwiegend Forscher/innen, aber auch Künstler/innen und Aktivist/innen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz, die einen neuen Weg in der Migrationsforschung und -politik ein- und vorschlagen möchten.

Bücher zum Thema aus der edition DISS

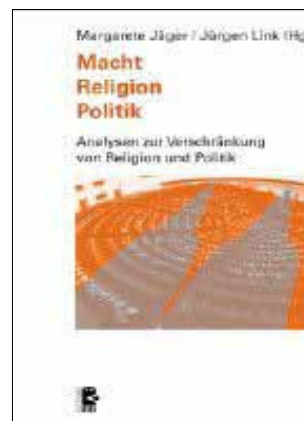


Gerda Heck

„Illegale Einwanderung“

Eine umkämpfte Konstruktion in Deutschland und den USA
Edition DISS Bd. 17
ISBN 978-3-89771-746-6
280 S., 24 €

Obwohl die staatliche Seite Einwanderung mittels Kontrolle zu unterbinden versucht, produziert diese Kontrolle genau das, was sie eigentlich verhindern soll: den „illegalen Einwanderer“. Im Mittelpunkt dieser Studie stehen die verschiedenen Akteure, die in das Migrationsgeschehen und die Debatte eingreifen.



Margarete Jäger / Jürgen Link (Hg.)

Macht - Religion - Politik

Zur Renaissance religiöser
Praktiken und Mentalitäten
Edition DISS Bd. 11
ISBN 3-89771-740-9
304 S., 24 €

Aus einer vorwiegend kulturwissenschaftlich orientierten Perspektive werden Aktionen und Konflikte des Machtkomplexes in Deutschland untersucht und (normalismus-)theoretisch begründet. Die Analysen beziehen sich auch auf Entwicklungen in den Niederlanden, den USA und Russland.



Thorsten Gerald Schneiders (Hg.)
Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen
2009 Wiesbaden: VS Verlag
ISBN 978-3-531-16257-7
483 S.,
zweite aktualisierte und erweiterte Auflage
2010 Wiesbaden: VS Verlag
ISBN 978-3-531-17440-2
498 S., 49,95 €



Thorsten Gerald Schneiders (Hg.)
Islamverherrlichung. Wenn die Kritik zum Tabu wird.
2010 Wiesbaden: VS Verlag
ISBN 978-3-531-16258-4
410 S., 39,95 €

Islambilder zwischen Kulturalismus und Grundlagenkritik

Hannah Schultes

Fast 60 Wissenschaftlerinnen haben sich in zwei Sammelbänden mit den Titeln „Islamfeindlichkeit“ und „Islamverherrlichung“ mit antimuslimischem Rassismus, aber auch mit theologischen und alltagspraktischen Fragen muslimischen Lebens in Deutschland auseinandergesetzt.

Der erste Band „Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen“ konzentriert sich auf die möglichen Ursprünge gegenwärtiger Vorurteilsstrukturen. Die Autorinnen nehmen zunächst eine Analyse des Feindbildes Islam in Kirche, Literatur, Geschichtsschreibung, Medien und in den internationalen Beziehungen vor und liefern damit einen Überblick über das historische und disziplinäre Spektrum von Islamfeindlichkeit in Europa. Im zweiten Kapitel des Bandes werden antimuslimische Einstellungen in der deutschen Bevölkerung empirisch belegt und aktuelle Fälle wie Islam-Bashing im Internet (Markus Gerhold) oder der Umgang mit orthodoxen Positionen und Alltagskonflikten in Schulen (Yasemin Karakaşoğlu) thematisiert. Dabei wird die Konstruktion von Islambildern auf verschiedenen Diskursebenen nachgezeichnet und punktuell auf mögliche Diskursverschränkungen verwiesen. So legt Siegfried Jägers diskursanalytische Untersuchung der Medienberichterstattung zum Karikaturenstreit von 2006 nahe, dass das medial vermittelte negative Bild von Muslimen in diesem Fall auch eine „rassistische Unterfütterung des Einwanderungsdiskurses“ (321) darstellt.

Das dritte Kapitel beinhaltet exemplarische Darstellungen von Fällen institutionalisierter Islamfeindlichkeit. Mohammed Shakush beleuchtet darin die Rolle von CDU und CSU u.a. bei der Durchsetzung von Kopftuchverboten und der Einführung des sogenannten Gensinnungstests. Das gegenwärtige Verhältnis der katholischen und evangelischen Kirche zum Islam ist ebenfalls nicht frei von islamfeindlichen Haltungen; dies zeigen Jobst Paul mit einer Analyse der Regensburger Rede von Papst Benedikt XVI. und Wolf-Dieter Just anhand der 2006 erschienenen Handreichung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland. Das letzte Kapitel „Personelle Islamfeindlichkeit“ legt antimuslimische Argumentationsmuster von Alice Schwarzer bis Ralph Giordano offen. Dazu gehören, wie Herausgeber Thorsten Gerald Schneiders anführt, Techniken wie die Aneinanderreihung von Negativbeispielen und Alarmismus, aber auch gezielte Desinformation und Aufrufe zum Nationalstolz.

Der zweite Band „Islamverherrlichung. Wenn die Kritik zum Tabu wird“ will „vernünftige Islamkritik“ frei von Pauschalisierung, Populismus und Polemik leisten und stellt einen Versuch von wissenschaftlicher Seite dar, den Anspruch einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Islam nicht selbsternannten „Islamkritikern“ zu überlassen.

Im ersten Kapitel findet Grundlagenkritik in Form einer theologischen Auseinandersetzung mit islamischen Quellen und Konzepten statt. Die Denkanstöße der Autorinnen veranschaulichen jedoch auch die Heterogenität inner-islamischer Debatten. Aussagen wie die der Soziologin Necla Kelek „Der Islam kennt keine Theologie“ sowie Vorwürfe eines dem Islam inhärenten Anti-Individualismus und fehlender historisch-kritischer Koraninterpretation werden dadurch ihrer Grundlage beraubt.

Der Essentialisierung von Sexismus stehen in diesem Band zwei Beiträge gegenüber. Im ersten Kapitel leistet Lamya Kaddor eine hermeneutische Untersuchung islamischer Quellen im Hinblick auf das Kopftuch. Das zweite Kapitel umfasst hauptsächlich kritische Beiträge zum Quellenverständnis. Rabeya Müller beleuchtet darin theologisch und historisch begründbare Möglichkeiten für und muslimische und nichtmuslimische Widerstände gegen eine geschlechtergerechte Koranexegese.

Das letzte Kapitel konzentriert sich auf Einzelpersonen und Institutionen und fragt u. a. danach, in welchem Zusammenhang muslimisches Leben in Deutschland mit Phänomenen in den Herkunftsländern steht. Kemal Bozay erläutert, wie sich analog zur türkisch-nationalistischen Idee einer türkisch-islamischen Synthese auch Vereinigungen in Deutschland dieses Konzeptes bedienen und von der „Negativspirale“ (325) der Fremd- und Selbstethnisierung profitieren.

Die Autorinnen arbeiten größtenteils mit den Begriffen „Islamophobie“ und „Islamfeindlichkeit“, seltener mit „Rassismus“, bzw. „antimuslimischer Rassismus“. Dieses Nebeneinander verweist darauf, dass in der wissenschaftlichen Diskussion die Begriffe noch sehr unscharf sind. Außerdem lässt sich in einigen Beiträgen eine Tendenz zur Psychologisierung von Rassismus feststellen. Die Konzeption der Sammelbände suggeriert zudem, dass die Skandalisierung von antimuslimischem Rassismus zwangsläufig mit einer Auseinandersetzung mit theologischen Fragen und der Thematisierung muslimischer Alltagspraxis einher gehen sollte. Die Nahelegung nach der Logik „Zwei Seiten einer Medaille“ sollte kritisch reflektiert werden; an der Qualität der Beiträge ändert dies jedoch nichts.

Interkultur

Mark Terkessidis

edition suhrkamp

SV

Mark Terkessidis

Interkultur

2010 Frankfurt: Suhrkamp
ISBN: 978-3-518-12589-2 220
S., 13,00 €

Eine Giraffe lädt einen Elefanten in ihr Haus ein. Natürlich ist dieses Haus perfekt auf die Bedürfnisse der Giraffe zugeschnitten, doch für den Elefanten erweist sich schon der Eintritt als mühseliger Akt. Die Tür ist viel zu schmal für das breite Tier. Einmal im Haus angekommen, halten die Treppen seinem Gewicht nicht stand, auch die Wände reißt er ein. Daraufhin empfiehlt die Giraffe dem Elefanten eine Abmagerungskur. Der Elefant dagegen ist der Ansicht, das Haus müsse umgebaut werden.

Liest man diese Geschichte aus integrationspolitischer Perspektive, manifestiert sich hier die Hauptthese von Mark Terkessidis: „Integration“ kann nicht durch individuelle Anpassungsleistungen entstehen, sondern durch einen radikalen „Umbau“ der Institutionen. Dies erfordere eine Anerkennung der Vielfalt und Heterogenität des Zusammenlebens in Deutschland. An dem Konzept und der Debatte um Integration kritisiert er, dass diese sich stets auf einen fiktiven Soll-Zustand der Gesellschaft beziehen, den es zu erreichen gilt. Dagegen plädiert Mark Terkessidis dafür, den Ist-Zustand als Ausgangspunkt politischen Handelns ernst zu nehmen. Die existierende Vielfalt gilt es zu gestalten, indem die bestehenden Institutionen im Hinblick auf die gesellschaftliche Heterogenität verändert werden. „Diese Veränderung wird nicht funktionieren, wenn Personen mit Migrationshintergrund schlicht als Abweichung von der Norm betrachtet werden, als eine Gruppe, die neben dem ‚Normalbetrieb‘ noch kompensatorisch eingegliedert werden muss“ (S. 103f.).

In seinem Groß-Essay grenzt sich Mark Terkessidis von Multikulti-Konzepten genauso ab wie von der öffentlichen Forderung nach Integration. Interkultur meint weder einen einseitigen Anpassungsprozess an eine konstruierte und vage definierte deutsche „Leitkultur“ noch ein einfaches Nebeneinander der Kulturen. Anstatt vergeblich nach „deutschen Wurzeln“ zu suchen, plädiert er dafür, die Vielfalt auf den Straßen, die so genannte Parapolis, zum Ausgangspunkt für eine andere Idee der deutschen Bevölkerung zu nehmen. Interkultur ist somit ein politisches Programm, das Barrierefreiheit herstellen möchte. Bezugspunkt dafür sind die Institutionen, die es abzuwandeln gilt. Dementsprechend gehe es darum, „ein Gebäude so umzubauen, dass es nicht nur für die ‚Normalen‘ gut funktioniert, die von vornherein die richtigen Voraussetzungen mitbringen, sondern für alle Bewohner oder Benutzer“ (S. 9).

Mark Terkessidis setzt in seinem Buch ohne zu trivialisieren an konkreten und persönlichen Ereignissen an, die er problematisiert und schließlich in eine politische Analyse münden lässt. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Sarrazin-Debatte bietet das Buch interessante Denkansätze.

Emel Cetin

Bücher zum Thema aus der edition DISS

Siegfried Jäger/Dirk Halm (Hg.)

Mediale Barrieren

Rassismus als Integrationshindernis

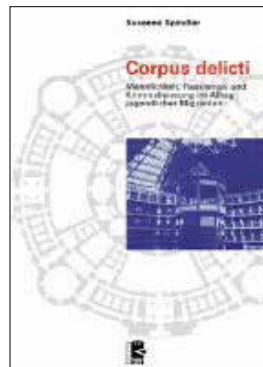


Siegfried Jäger / Dirk Halm (Hg.)

Mediale Barrieren

Rassismus als Integrationshindernis
Edition DISS Bd. 13
ISBN 978-3-89771-742-8
259 S., 24 €

Die Medien befeuern einen rassistischen Einwanderungsdiskurs und bedienen sich tendenziell eines »binären Reduktionismus«: Es findet eine Schwarz-Weiß-Malerei statt, indem Muslimen (und anderen Einwanderern) pauschal schlechte Eigenschaften zugeschrieben werden. Hierin sehen die Autorinnen ein ernsthaftes Hindernis für eine »friedliche Koexistenz« der Kulturen – weltweit.



Susanne Spindler

Corpus delicti

Männlichkeit, Rassismus und Kriminalisierung im Alltag jugendlicher Migranten
Edition DISS Bd. 9
ISBN 3-89771-738-7
358 S., 26 €

Was ist dran am Bild des „jugendlichen ausländischen Machos“? Susanne Spindler zeigt in biografischen Analysen migrantischer Jugendlicher in Haft, wie deren Lebensgeschichten nicht nur von kulturellen Spezifika, sondern von hegemonialen Geschlechter- und Migrationspolitiken bestimmt sind.

Semra Çelik

Grenzen und Grenzgänger

Diskursive Positionierungen im Kontext türkischer Einwanderung
Edition DISS Bd. 12
ISBN 3-89771-741-7
288 S., 20 €



Die diskursanalytische Untersuchung arbeitet heraus, welche nationalen Selbst- und Fremdbilder türkische Migrantinnen in Deutschland wahrnehmen und wie sie sich anhand dieser „ethnisch“ positionieren. Dabei zeigt sich u.a., dass sie im Zusammenspiel von Begrenzung und Wahlfreiheit die ihnen diskursiv zugeschriebenen ‚türkischen‘ Identitäten (re-)produzieren.

Volk, Raum und Rasse

Helmut Kellershohn

Es gibt zweifellos unterschiedliche Lesarten des Völkischen Nationalismus, mal moderate, mal weniger moderate. Die folgenden Ausführungen sollen zwei Knotenpunkte kenntlich machen, über die ein völkisches Verständnis von „Volk“ und „Nation“ sowohl implementiert als auch radikalisiert werden kann: zum einen über die Kopplung mit geopolitischen (Volk und Raum), zum anderen über die Verbindung mit eugenischen bzw. rassenhygienischen Ideen (Volk und Rasse). Öffentliche Debatten, die diese Knotenpunkte berühren, selbst wenn sie ursprünglich nicht einem explizit völkischen Denkhorizont entstammen sollte, sind daher für eine extreme Rechte, die sich als Gralshüterin in Sachen Ethnopolitik versteht, von besonderer Bedeutung. Gerade die Sarrazin-Debatte hat eindrucksvoll belegt, wie etwa eugenische Gedankengänge – Frank Schirrmacher (FAZ) hat sie schon zu Beginn der Debatte als Kernstück von Sarrazins Brandschrift bezeichnet – in den Medien der extremen Rechten als Bestätigung von Weisheiten gefeiert wurden, die sie, die Rechte, schon immer verkündet habe. Bezeichnenderweise setzte die sich konservativ gebende *Junge Freiheit* als allererstes das „Heidelberger Manifest“ ins Internet, um ihre Leser an das Original zu erinnern, das als heimliches Vorbild Sarrazin die Feder geführt haben könnte.

Volk und Raum: Kolonialpolitik, „innere Kolonisation“, „Lebensraum im Osten“

Volk und Raum stehen im völkisch-nationalistischen Denken in einer engen Beziehung zueinander. Erstens entfaltet sich seine ganze Wirksamkeit aus der immer wieder behaupteten Inkongruenz von Staatsgebiet und Volksnation, von Staats- und Sprachgrenzen, die es zu beseitigen gelte. So schreibt einer der wichtigsten deutschen Volkstumstheoretiker Max Hildebert Boehm 1936:

„Gesamtdeutsch ist jede Betrachtungsweise völkischer Fragen, die unter bewußter Absage an jede bloß reichsdeutsche, kleindeutsche Blickverengung auf das Gesamtvolk über staatliche Grenzen hinaus bezogen ist. Die Erziehung zu allseitigem und selbstverständlichem gesamtdeutschen Denken ist namentlich im Hinblick auf das schwer gefährdete Deutschtum außerhalb des Reiches eine der wichtigsten Gegenwartsaufgaben verantwortlicher Volkstumspflege. Hier entscheidet sich, ob wir ein Volk von fast 100 oder von nur 68 Millionen sein und bleiben wollen.“¹

1 Boehm 1936, S. 30

Zweitens liegt es gerade in einer holistischen Auffassung des Volkes nahe, diesem Kollektivsubjekt Körperlichkeit („Volkskörper“) und Räumlichkeit („Volksboden“) als quasi-habituelle Attribute zu unterstellen. Bezüglich des Volksbodens unterscheidet Boehm den „seßhaften Volksteil“, der in einem „geschlossene[n] Siedelgebiet“ lebt, von dem „freizügigen Volkselement[]“, das in einem „in die Umwelt ausstrahlenden Volkswirkungsraum[]“ agiert, der weit über das Reich, die ehemaligen (1919 abgetretenen) deutschen Reichsgebiete und die „deutschen“ Staaten außerhalb des Reiches (Österreich) hinausweist und vor allem die sog. „volksdeutschen“ Siedlungsgebiete in Ostmitteleuropa betraf.

Diese völkisch-pangermanistische Orientierung entwickelte sich bereits vor dem Ersten Weltkrieg im Umkreis solcher Organisationen wie dem Allgemeinen Deutschen Verband (ADV)² oder dem Verein für das Deutschtum im Ausland (VDA)³. Im Aufruf des ADV von 1891 heißt es zu seiner Zielsetzung: „Pflege und Unterstützung deutsch-nationaler Bestrebungen in allen Ländern, wo Angehörige unseres Volkes um die Behauptung ihrer Eigenart zu kämpfen haben, und Zusammenfassung aller deutschen Elemente auf der Erde für diese Ziele.“⁴

Dies implizierte die Forderung nach einer „tatkräftigen Kolonialpolitik“ und der

2 Der „Allgemeine Deutsche Verband“ wurde 1891 ins Leben gerufen. 1894 erhielt er den Namen „Alldeutscher Verband“. In einem für die „Alldeutschen Blätter“ 1894 verfassten Beitrag heißt es: „Nach Osten und Südosten hin müssen wir Ellenbogenraum gewinnen, um der germanischen Rasse diejenigen Lebensbedingungen zu sichern, deren sie zur vollen Entfaltung ihrer Kräfte bedarf, selbst wenn darüber solch minderwertige Völklein wie Tschechen, Slowenen und Slowaken [...] ihr für die Zivilisation nutzloses Dasein einbüßen sollten. [...] Deutsche Kolonisation, deutscher Gewerbesleiß und deutsche Bildung [...] sollen bis nach Kleinasien als ein Bindemittel dienen, durch das sich große und zukunftsreiche Wirtschaftsgebiete uns angliedern [...]“ (Zit. nach Hartwig 1968, S. 19)

3 Der VDA (Verein für das Deutschtum im Ausland) wurde 1881 als „Allgemeiner Deutscher Schulverein“ gegründet. 1908 erfolgte die Umbenennung. 1933 nannte er sich „Volksbund für das Deutschtum im Ausland“ und wurde dann 1938 der von der SS eingerichteten „Volksdeutschen Mittelstelle“, die alle volkstumpolitischen Aktivitäten zentralisierte, unterstellt. 1955 erfolgte die Rückbenennung. Heutiger Name: „Verein für Deutsche Kulturbeziehungen im Ausland“ (seit 1998). Vgl. Goldendach/Minow 1994

4 Zit. nach Mommsen 1977, S. 128

„Fortführung der deutschen Kolonialbewegung zu praktischen Ergebnissen“. Hierin war man sich mit den Kolonialvereinen und den Organisationen der völkischen Bewegung weitgehend einig. So hieß es z.B. im Programm der Deutsch-sozialen Reformpartei von 1895: „Erhaltung und Erwerbung von Handels- und Ackerbaukolonien, Errichtung überseeischer Strafansiedelungen für rückfällige Verbrecher, Beförderung der inneren Kolonisation zur Stärkung des Deutschtums, kräftigen Schutz der Deutschen im Auslande, [...]“⁵

Dieser Programmpunkt verweist allerdings auf einen weiteren Aspekt, der sich auch bei den Alldeutschen findet. Es geht hierbei um den Umgang mit den verschiedenen Nationalitäten im Deutschen Reich, insbesondere mit dem polnischen Bevölkerungsteil in den preußischen Ostgebieten, der mit restriktiven sprach- und schulpolitischen Maßnahmen, mit Ausweisungen, mit dem Aufkauf polnischen Großgrundbesitzes und der Ansiedlung deutscher Siedler bekämpft wurde. Von „innerer Kolonisation“⁶ und „Germanisierung“, von einem „lebendigen Wall gegen die slawische Flut“⁷ war sowohl in der staatlichen, der alldeutschen als auch in der völkischen Propaganda, z.B. von Seiten des Deutschen Ostmarkenvereins, die Rede.

Dem Schlagwort von der „Germanisierung“ (oder „Eindeutschung“) begegnet man wieder im Zusammenhang mit den alldeutschen Kriegszielprogrammen während des Ersten Weltkrieges, an die in den 20er Jahren der NS anknüpfen konnte.

In *Mein Kampf* spricht Hitler von der „Bodenpolitik der Zukunft“ und greift dabei auf das Schlagwort vom „Lebensraum“ bei Friedrich Ratzel und Karl Haushofer zurück.⁸ Aus dem angeblichen Missverhältnis zwischen Volkszahl und der dem Volk zur Verfügung stehenden Ernährungsbasis, d.h. der „Größe und Güte des Grund und Bodens“ (Hitler 1941, S. 728) sowie aus militärstrategischen und -geographischen Erwägungen zieht Hitler den Schluss auf einen erweiterten „Lebensraum im Osten“:

„Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach dem Süden und Westen Europas und weisen

5 Zit. nach Breuer 2008, S. 61; dort weitere Beispiele; Breuer weist aber auch auf Vorbehalte der Völkischen gegen die Kolonialpolitik hin, die er aber für nicht maßgeblich hält. Anders Puschner 2001, S. 153

6 Vgl. den diesbezüglichen Artikel in: Meyers Großes Konversations-Lexikon, Bd. 9, Leipzig 1907, S. 845-846

7 Zit. nach Wehler 1995, S. 964

8 Belege bei Schmitz-Berning 2000, S. 376f.

den Blick nach dem Land im Osten. Wir schließen endlich ab die Kolonial- und Handelspolitik der Vorkriegszeit und geben über zur Bodenpolitik der Zukunft. Wenn wir aber heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Rußland und die ihm untertanen Randstaaten denken.“ (Ebd., S. 742)

Die geopolitische Zuspitzung des Völkischen Nationalismus in der Lebensraumideologie bildet die äußere Kehrseite eines rassenpolitischen Programms, in dem die kriegerische Eroberung eines Raumes zum Beweis der Überlegenheit einer Rasse, im Falle des NS, der nordischen oder arischen Rasse, dient. Wenn der Völkische Nationalismus durchaus mit der Idee einer Gleichwertigkeit der Völker einhergehen kann, wie dies z.B. in heutigen ethnopluralistischen Konzeptionen, wenn auch nur vordergründig, postuliert wird, so führt die Kopplung des Volks- mit dem Rassebegriff zu einer veränderten ideologischen Konfiguration, in der Hierarchisierung, die Behauptung der Ungleichheit und Ungleichwertigkeit der Völker bzw. Rassen den Kern der Argumentation ausmachen.

Volk und Rasse: Biopolitik, Rassenhygiene

Auch in anderer Hinsicht produziert die Verknüpfung des Volks- mit dem Rassebegriff bestimmte Effekte. Bekanntlich beinhaltet der im Völkischen Nationalismus unterstellte Begriff des Volkes von vornherein eine ausschließende Komponente: einerseits gegen alles Nicht-Deutsche als dem Inbegriff nicht integrierbarer Bevölkerungsgruppen und gegen alles Un-Deutsche als dem Inbegriff nicht mehr tolerierbarer Einstellungen und Verhaltensweisen. Durch den Rassenbegriff werden diese Ausschließungen radikalisiert, indem durch auf- und abwertende Differenzierungen innerhalb und zwischen den Völkern sowie deren Naturalisierung das Verdikt des Ausschlusses den Charakter des Unabänderlichen und Naturgesetzlichen erhält und die Form des Ausschlusses zum Exterminismus tendiert.

Ein klassisches Beispiel für diesen Vorgang liefert Karl Astel 1934 in seiner Antrittsrede⁹ als Ordinarius an der Universität Jena, wenn er den Zerfall der ‚rassischen Qualität‘ des deutschen Volkes auf die Verkenning der Naturgesetze zurückführt, die „nicht nur für Pflanzen und Tiere, sondern für alle Lebewesen einschließlich des Menschen“ absolute Geltung beanspruchen könnten. Dass der Nationalsozialismus gerade dies, nämlich die „Gültigkeit der Naturgesetze

9 Im Folgenden zitiert nach Wuttke-Groneberg 1980, S. 285f. (Dokument 165); der Titel der Antrittsvorlesung lautete: „Rassendämmerung und ihre Meisterung durch Geist und Tat als Schicksalsfrage der weißen Völker“. Zu Astel, von 1939-1945 Rektor der „SS-Musteruniversität“ Jena, vgl. Hoßfeld u.a. (Hg.) 2003, passim

auch für den Menschen“, für die Gestaltung von Staat und Gesellschaft „zur grundsätzlichen Anerkennung“ erhoben habe, sei sein historisches Verdienst.

In der Nutzenanwendung auf den medizinisch-psychiatrischen Bereich, in dem sowieso schon, aus der Sicht des bürgerlichen Rechts, die Persönlichkeitsrechte der betroffenen Individuen, ihr Status als Rechtssubjekte infrage gestellt oder aberkannt oder von vornherein verweigert werden, heißt es dann:

„Während viele Generationen Trugbildern nachjagten und das Schwache, Kranke, Untüchtige, Sieche, Verbrecherische, Fremdartige durch äußere Maßnahmen vergeblich zu bessern trachteten, trugen sie zu dem empfindlichen Rassenzerfall bei, wenn auch größtenteils ungewollt. Die Menschen häuften geradezu mit Anspannung aller Kräfte der Gesunden und Leistungsfähigen beträchtliche Massen von Lebensuntauglichen und Unzulänglichen aller Art an. Diese belasteten und belasten das Volksleben unerhört in kultureller wie in wirtschaftlicher Hinsicht.“

Die Befreiung des „Volkslebens“ von den bereits von Karl Binding und Alfred Hoche 1920 perhorreszierten „Ballastexistenzen“ (Binding/Hoche 1920) und umgekehrt die systematische Pflege des „Volkskörpers“ durch die Förderung der Vermehrung der „Gesunden“ und „Leistungsfähigen“ umreißen exakt das Terrain, auf dem die Rassenhygiene als der völkisch-rassistischen Variante der im angelsächsischen Raum entstandenen Eugenik agiert.

Rassenhygiene, Eugenik, Bevölkerungspolitik sind Elemente einer neuartigen Machttechnik, die von Michel Foucault als Biopolitik bezeichnet wird und die sich auf ein Ensemble von Einrichtungen einer von ihm so genannten Biomacht stützt. Sie entwickelt sich ihm zufolge neben der bereits vorhandenen „Disziplinartechnologie der Arbeit“, mit der sie sich „verbindet, sie integriert, sie teilweise modifiziert“ und benutzt, „um sich gewissermaßen in sie einzupflanzen, und sich dank dieser vorgängigen Disziplinartechnik wirklich festzusetzen“. Sie richtet sich nicht unmittelbar auf die Formierung des Körpers, vielmehr „auf die Vielfalt der Menschen, aber nicht insofern diese sich in Körpern resümiert, sondern insofern sie im Gegenteil eine globale Masse bilden, die von Menschenprozessen geprägt ist, wie den Prozessen der Geburt, des Todes, der Produktion, Krankheit usw.“ Es geht um die Regulierung einer „Gesamtheit von Prozessen [...] wie etwa dem Verhältnis der Geburten und der Todesfälle, der Reproduktionsrate, der Fruchtbarkeit einer Bevölkerung usw.“¹⁰ Foucault spricht in

10 Foucault 1992, S. 29f.; es handelt sich hier um Zitate aus der Vorlesung Foucaults vom 17. März 1976 aus der Reihe *In Verteidigung der Gesellschaft*; vgl. den Artikel „Biomacht/Biopolitik“ in: Jäger/Zimmermann (Hg.) 2010, S. 33

diesem Zusammenhang von einer „Art Verstaatlichung des Biologischen“. Das klassische Recht des Souveräns über Leben und Tod, das bedeutet, „dass er gewissermaßen sterben machen und leben lassen kann“, erfährt hier insofern eine Umkehrung, als der Souverän nun das Leben selbst in die Hand nimmt und für sich das Recht beansprucht, „leben zu machen und sterben zu lassen.“¹¹

Verlegt Foucault die Anfangsgründe der Biopolitik in die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts, so erfährt sie den eigentlichen Aufschwung durch den Siegeszug der Biologie als Legitimationswissenschaft im 19. Jahrhundert. 1859 erscheint Charles Darwins *On the Origin of Species*, kurz zuvor hatte Arthur de Gobineau seinen 4-bändigen *Essay über die Ungleichheit der Menschenrassen* (*Essai sur l'inégalité des races humaines*, 1853-1855) veröffentlicht. 1869 folgt das bekannteste Werk des Begründers der Eugenik, Francis Galton, *Hereditary Genius*. Dies sind einige Eckpunkte, die eine neue „Naturlehre der Gesellschaft“ (Hans-Walter Schmuhl) ermöglichen, den Sozialdarwinismus (maßgeblich Ernst Haeckel und Herbert Spencer). Allerdings muss man darauf hinweisen, dass der Sozialdarwinismus ursprünglich, an Darwin anknüpfend, „von einem ungebrochenen Fortschrittsoptimismus durchdrungen“ war; erst später, vor allem seit den 1890er Jahren findet ein folgenschwerer Umdeutungsprozess statt. Matthias Weipert schreibt dazu:

„Das Vertrauen in den naturgesetzlich sich ergebenden Fortschritt der Menschheit ging verloren und der evolutionistische Sozialdarwinismus wurde durch einen selektionstheoretischen ersetzt. Der Fortschritt, so die These der selektionstheoretischen Sozialdarwinisten, war nicht mehr garantiert, sondern im Gegenteil durch die *Verbindung der natürlichen Auslese* in der modernen Kultur in höchstem Maße gefährdet, so dass die menschliche Entwicklung nicht mehr sich selbst überlassen bleiben konnte.“ (Weipert 2006, S. 163)

In Deutschland war dies die Geburtsstunde der Rassenhygiene (maßgeblich Wilhelm Schallmayer, Alfred Ploetz), der deutschen Variante der durch Francis Galton begründeten Eugenik.

Das rassenhygienische Paradigma zeichnet sich nach Weipert durch drei Teilkomplexe aus:

„(...) erstens durch die ideologisch-wissenschaftlichen Prämissen in Form der Verbindung von selektionstheoretischem Sozialdarwinismus und Vererbungsforschung, zweitens durch die thematischen Schwerpunkte ‚Degeneration‘, ‚Kontraselektion‘ und ‚differentielle Geburtenrate‘ sowie drittens durch die daraus folgenden Konsequenzen für das Menschen- und Gesellschaftsbild, die sich mit den Schlagworten

11 Ebd., S. 27f.

„genetischer Determinismus‘ und ‚Biologisierung des Sozialen‘ fassen lassen.“ (Ebd., S. 164)¹²

Zentraler Bestandteil des rassenhygienischen Paradigmas ist das Degenerationskonzept. Bereits Galton „war davon überzeugt, daß sich die Träger ‚minderwertigen Erbguts‘ rascher vermehrten als die Träger ‚hochwertiger Erbanlagen‘, so daß es von Generation zu Generation zu einer progressiven Erosion der genetischen Substanz – bezogen auf die Gesamtbevölkerung – kommen müßte.“ (Schmuhl, S. 62) Im Prinzip ist diese Behauptung allen rassenhygienischen Degenerationsvorstellungen gemeinsam, ebenso wie die Behauptung, dass Medizin (bes. Pädiatrie) und Sozialhilfe, vulgo Armenpflege „kontraselektorisches“ Effekte produzierten.

Im Vergleich zu älteren Degenerationskonzepten aber ist der Betroffenenkreis erheblich erweitert. Erfasst werden nicht nur Geistesranke, Behinderte oder ‚geborene Verbrecher‘ (Cesare Lombroso), sondern darüber hinaus angeblich unterdurchschnittlich Begabte und allgemein „Untüchtige“ (Astel), denen eine überdurchschnittliche Fortpflanzungsrate attestiert wird. Hinter dieser Adressierung, gerade auch hinter ihrer Ausweitung, verbirgt sich nicht zuletzt ein klassistischer Blick der selbsternannten bürgerlichen ‚Leistungseliten‘ auf die (aus ihrer Sicht) Unzulänglichkeiten des Proletariats und die immer wieder monierten ‚Auswüchse‘ des Sozialstaates. Im Endeffekt unterstellt das Degenerationskonzept, dass „im Laufe weniger Generationen die ‚erbgesunde Bevölkerung‘ ausgestorben“ sein werde.

Dieses apokalyptische Szenario (Etzemüller 2007) hinderte die Rassenhygieniker nicht daran, Züchtungsutopien zu entwerfen. Um der Erosion der genetischen Substanz entgegenzuwirken, heißt es beispielsweise in einem 1932 erschienenen Büchlein mit dem bezeichnenden Titel „Volkstod?“. „Der zur Veredelung und Verbesserung der erblichen Qualität eines Volkes führende Weg ist ganz einfach der, daß die Tüchtigen, Hochwertigen sich stärker vermehren als die Untüchtigen, Minderwertigen; (...) die höchstwertigen Menschen sollten sich zahlenmäßig überdurchschnittlich vermehren, die tüchtigen ausreichend, die minderwertigen überhaupt nicht. Dann würde im Laufe der Generationen die Zahl der Höchstwertigen immer mehr zunehmen, die Minderwertigen würden nahezu ganz verschwinden.“ (Lotze 1932, S. 32f.)

Kurze Zeit später gießt der NS diesen Grundgedanken in zwei Gesetze, das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14. Juli 1933 und das Gesetz zum Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes (Eheschutzgesetz) von 18. Oktober

¹² Vgl. auch die Aufschlüsselung des rassenhygienischen Paradigmas bei Hans-Walter Schmuhl 1992, S. 49

1935,¹³ und eröffnet damit eine „Eskalation der Gewalt“ (Schmuhl, S. 65), die sich solcher Mittel wie Asylisierung, Sterilisierung und Euthanasie bedient.

Literatur

Binding, Karl / Hoche, Alfred 1920: Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens, Leipzig: Felix Meiner

Boehm, Max Hildebert 1936: ABC der Volkstumskunde. Der Begriffsschatz der deutschen Volkslehre für Jedermann, Potsdam: Verlag Volk und Heimat

Breuer, Stefan 2008: Die Völkischen in Deutschland. Kaiserreich und Weimarer Republik, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft

Etzemüller, Thomas 2007: Ein ewigwährender Untergang. Der apokalyptische Bevölkerungsdiskurs im 20. Jahrhundert, Bielefeld: transcript Verlag

Foucault, Michel 1992: Leben machen und sterben lassen. Die Geburt des Rassismus, in: Sebastian Reinfeldt, Richard Schwarz, Michel Foucault: Bio-Macht, Duisburg: DISS, S. 27-50

Goldendach, Walter von / Minow, Rüdiger 1994: „Deutschtum Erwache!“ Aus dem Innenleben des staatlichen Pangermanismus, Berlin: Dietz

Hartwig, Edgar 1968: Art. „Alldeutscher Verband“, in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, hg. von einem Redaktionskollektiv unter Lrg. von Dieter Fricke, Band 1, Leipzig: VEB Bibliogr. Institut, S. 1-26

Hitler, Adolf 1941: Mein Kampf. Zwei Bände in einem Band, 641.-645. Auflage, München: Zentralverlag der NSDAP, Franz Eher Nachf.

Hoßfeldt, Uwe u.a. (Hg.) 2003: ‚Kämpferische Wissenschaft‘. Studien zur Universalität

¹³ Zur Kommentierung aus NS-Sicht vgl. Lothar Stengel-von Rutkowski 1939, S. 76-97

Jena im Nationalsozialismus, Köln, Weimar, Wien: Böhlau

Jäger, Siegfried / Zimmermann, Jens (Hg.) 2010: Lexikon Kritische Diskursanalyse. Eine Werkzeugkiste (= Edition DISS Bd. 26), Münster: Unrast

Lotze, R. 1932: Volkstod? (= Kosmos-Bändchen Nr. 210), Stuttgart: Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde

Mommsen, Wolfgang J. 1977: Imperialismus. Seine geistigen, politischen und wirtschaftlichen Grundlagen. Ein Quellen- und Arbeitsbuch, Hamburg: Hoffmann und Campe

Puschner, Uwe 2001: Die völkische Bewegung im wilhelminischen Kaiserreich. Sprache – Rasse – Religion, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft

Schmitz-Berning, Cornelia 2000: Vokabular des Nationalsozialismus, Berlin / New York: Walter de Gruyter

Schmuhl, Hans-Walter 1992: Rassenhygiene, Nationalsozialismus, Euthanasie. Von der Verhütung zur Vernichtung ‚lebensunwerten Lebens‘ 1890-1945 (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft Bd. 75), 2. Auflage, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht

Stengel-von Rutkowski, Lothar 1939: Grundzüge der Erbkunde und Rassenhygiene, 3. durchgesehene und ergänzte Auflage, Berlin-Lichterfelde: Verlag Langewort

Wehler, Hans-Ulrich 1995: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Band 3, München: C.H. Beck

Weipert, Matthias 2006: ‚Mehrerung der Volkskraft‘: Die Debatte über Bevölkerung, Modernisierung und Nation 1890-1933, Paderborn: Verlag Ferdinand Schöningh

Martin Dietzsch / Siegfried Jäger / Helmut Kellershohn / Alfred Schobert

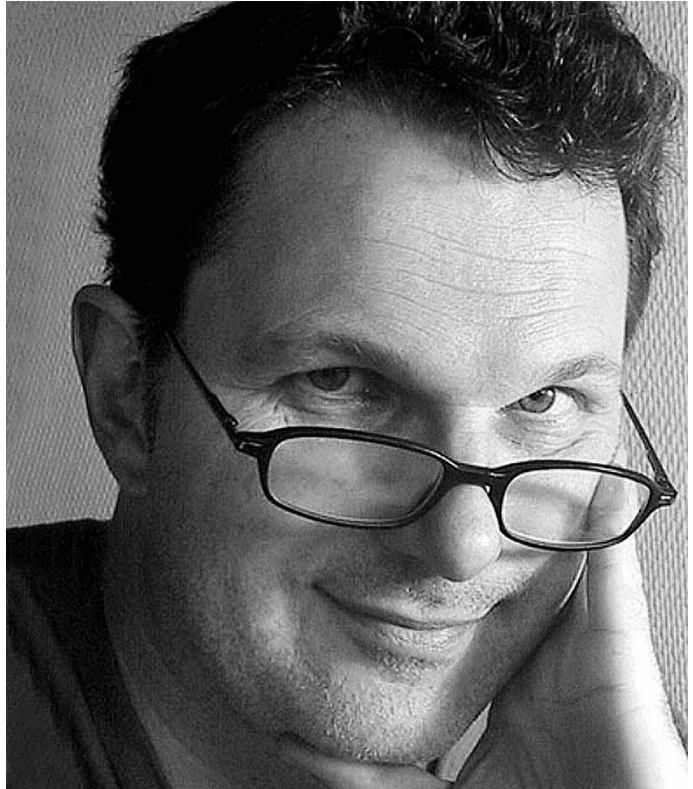
Nation statt Demokratie
Sein und Design der »Jungen Freiheit«
Edition DISS Bd. 4
ISBN 3-89771-733-6
246 S., 16 €



Obwohl programmatisch der Tradition des völkischen Nationalismus verpflichtet, entspricht die „Junge Freiheit“ dennoch nicht der Klischee-Vorstellung einer „rechten“ Zeitung. Die Analyse zeigt, dass sich das Blatt – mal getarnt, mal mit offenen Visier – im rechten Grenzraum des Verfassungsbogens bewegt und dadurch Woche für Woche intellektuelle Aufrüstung gegen eine moderne demokratische Gesellschaft betreibt. Der Band enthält gleichfalls wichtige Hinweise zu einzelnen Mitarbeitern und Autoren sowie ein Glossar zu wichtigen Publikationen und Organisationen aus dem Umfeld der „Jungen Freiheit“.

„Ich glaube, wir gehen Zeiten entgegen, in denen die Medien wieder politischer werden.“

Tom Schimmeck im Gespräch mit Siegfried Jäger



In Ihrem neuen Buch „Am besten nichts Neues“ kritisieren Sie die Medien dahin gehend, dass diese eigentlich - im Kern - immer nur dasselbe sagen. Ich verstehe das so, dass an den unterschiedlichsten Beispielen immer wieder das gleiche Unwissen wiederholt wird, was dazu führt, dass sich Vorurteile und Ressentiments aller Art fortlaufend verfestigen. Wie könnte ein kritischer Journalismus aussehen, der seinem gesetzlichen Auftrag, einen Beitrag zur demokratischen Willensbildung zu leisten gerecht wird?

Es ist ja nicht so, dass es keinen kritischen Journalismus gäbe. Tatsächlich mühen sich noch immer viele gute Journalisten in vielen klassischen Medien wie auch im Internet, dem schönen, alten Ideal der Aufklärung gerecht zu werden. Sie reisen offenen Auges durch die Welt, enthüllen, was offiziell keiner wissen soll, durchwühlen komplexeste Stoffe, analysieren scharf und sagen unerschrocken ihre Meinung. Oft können sie auch noch gut schreiben und haben manchmal sogar Humor.

Doch das Treiben der Wackeren verschwindet immer mehr hinter dem anschwellenden Schwachsinn, wird übertönt von der Kakophonie der immergleichen Show. Das hat meiner Ansicht nach mehrere Ursachen.

Erstens sind die Medien, gerade auch die so genannten „Qualitätsmedien“, im vergangenen Jahrzehnt scharf durchrationalisiert worden. In den meisten Redaktionen müssen deutlich reduzierte Redaktionen die gleiche Arbeit wie zuvor bewältigen. Das reduziert die Zeit zum Recherchieren, zum Nachdenken dramatisch. Studien zeigen, dass der Raum für genuine journalistische Arbeit, zu der ja idealerweise Recherche und ein gewisses Maß an Realitätskontakt zählen, immer knapper wird. So haben etwa die Leipziger Journalismus-Forscher Marcel Machill, Markus Beiler und Martin Zenker durch Befragung von 235 Journalisten in Tageszeitungen, Hörfunk, Fernsehen und Online-Redaktionen festgestellt, dass diese pro Tag im Schnitt noch 108 Minuten für sogenannte Überprüfungs- und Erweiterungsrecherchen aufwenden. Für die Kontrolle der Glaubwürdigkeit und Richtigkeit von Quellen und Informationen bleiben gerade elf Minuten. Raus in die weite, wahre Welt kommen sie gar nicht mehr. Der Anteil der Ortstermine und leibhaftigen Begegnungen an der knappen Recherchezeit beläuft sich auf 1,4 Prozent. Der deutsche Journalist, könnte man folgern, ist der letzte, der mitbekommt, was in Deutschland los ist.

Der zweite Faktor ist das rapide Anwachsen der PR. Die Redaktionen nähren sich immer mehr von jenem Verlautbarungsfastfood, das ihnen gratis geliefert wird – von offiziellen Stellen, Firmen und deren PR-Leuten. Zu diesem Ergebnis – dem schnell wachsenden Einfluss der PR – kommen auch Siegfried Weischenberg, Maja Malik und Armin Scholl in der Studie „Journalismus in Deutschland II“ sowie eine Studie der Universität Münster, die im August 2009 im „journalist“ veröffentlicht wurde. Die Zahl der professionellen Meinungsmacher übersteigt inzwischen die der unabhängigen Journalisten. Die Werber, Spin-Doktoren und Agendasetter begleiten längst nicht mehr nur die Markteinführung neuer Margarine-Marken. Sie sind bei jeder politischen Debatte dabei, bei jedem Wahlkampf, jedem Krieg. Ihr „Wording“ dominiert die Nachrichten. Und dient dem, der am besten zahlt.

Drittens verlagert sich die publizierte Wirklichkeit immer mehr auf den Boulevard. Das liegt nicht nur an der wachsenden Menge Zeitungs-Trash in den Kioskregalen, auch nicht allein an den vielen TV-Kanälen, in denen Journalismus gar nicht mehr vorkommt. Selbst in klassischen Medien wird Wirklichkeit immer häufiger an Gesicht



Regina Wamper

Das Kreuz mit der Nation

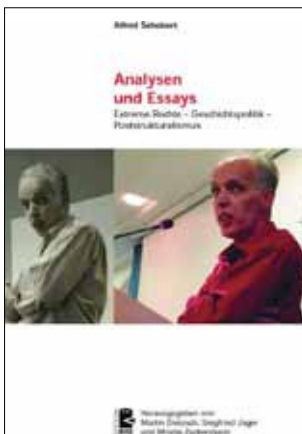
Christlicher Antisemitismus in der Jungen Freiheit

Edition DISS Bd. 18

ISBN 978-3-89771-747-3

208 S., 22 €

Religion und Glaube spielen in der völkisch-nationalistischen Wochenzeitung *Junge Freiheit* eine zentrale Rolle. Dadurch werden Bilder von Juden und Judentum vermittelt, die längst vergessen schienen und sowohl belegen, dass Antijudaismus eine immer noch aktuelle Form der Judenfeindschaft ist, als auch, dass dieser christliche Antisemitismus mit Strategien des modernen und sekundären Antisemitismus verschrankt und gekoppelt ist. Die diskursanalytische Studie untersucht die zentralen Themen dieser Diskurse.



Alfred Schobert

Analysen und Essays

Extreme Rechte – Geschichtspolitik – Poststrukturalismus

Hg. von Martin Dietzsch, Siegfried Jäger,

Moshe Zuckermann

Edition DISS Bd. 21

ISBN: 978-3-89771-750-3

440 S., 29,80 €

Alfred Schobert (* 1963, † 2006) gehörte zu den Experten zum Thema extreme Rechte in Deutschland und Frankreich. Als Schüler von Jacques Derrida arbeitete er an der Schnittstelle von Ideologiekritik und Poststrukturalismus. Alfred Schobert war langjähriger Mitarbeiter im Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS).

tern festgemacht, mit pseudo-persönlichen „People-Stories“. Ein Paradebeispiel: Der Aufstieg des Karl-Theodor Maria Nikolaus Johann Jakob Philipp Franz Joseph Sylvester Freiherr von und zu Guttenberg zum beliebtesten Politiker Deutschlands – dank Dauerpräsenz in BILD, BUNTE und TV.

Viertens schlägt sich der wachsende zeitliche und ökonomische Druck auf feste wie auf die wachsende Zahl „freier“ Journalisten nicht nur in einer Berichterstattung nieder, die zumeist nur noch die oberflächliche Perpetuierung des schon Gesagten leistet. Er verändert auch die Mentalität der Akteure. Viele Journalisten scheinen aus der Not eine Mode machen zu wollen, schwimmen mit im Mainstream, suchen ihre Befriedigung darin, „dabei“ zu sein. Distanz und Eigensinn treten als Tugenden zurück, der Kritiker gilt schnell als Spielverderber. Journalistische Zirkel – gerade im Politik- und Wirtschaftsjournalismus – fungieren heute oft eher als Stätten vereinheitlichender Selbstbespiegelung und -bestätigung.

Ein kritischer Journalismus, der seinem gesellschaftlichen Auftrag gerecht werden will, muss sich all diesen Mechanismen und Zwängen widersetzen, die Erregungszyklen durchbrechen. Er versucht eine Sprache zu finden, die mehr transportiert als kurzatmige Einheits-News. Er will, wie eh und je, den größeren Kontext begreifen und erzählen, sich mit jenen befassen, die nicht „prominent“ sind. Jene zahllosen „Events“ meiden, an denen heute Images, Stimmungen und Meinungen gemacht werden und sich an andere Orte begeben.

Welchen Einfluss hat Ihres Erachtens die Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Zeitungslandschaft weltweit?

Einen Doppelpen. Zum einen wirken diese Krise wie auch der vorangegangene Dot-com-Crash ökonomisch sehr negativ auf die privatwirtschaftlich organisierten Medien. Um ihre Renditen zu retten, haben viele Medienbesitzer die Ressourcen des Qualitätsjournalismus radikal beschnitten. Weltweit. Besonders stark, scheint mir, in den USA.

Zum anderen hat die Krise auf unschöne Weise viele Mainstream-Medien entzaubert. Medien, die über Jahre just jene neoliberalen Glaubenssätze nachbeteten, deren Mechanismen sie schließlich selbst zum Opfer fielen. Der Journalismus steckt seither in einer schweren Sinnkrise, besonders der Wirtschafts- und Finanzjournalismus, aber auch der politische Journalismus.

Presse- und Meinungsfreiheit wird ja vom Grundgesetz ausdrücklich gewährt: Eine Zensur findet nicht statt. Gut so! Doch in Art. 5, Absatz 2 heißt es auch: „Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.“ Mir ist bekannt, dass meist nur die Leugnung des Holocaust geahndet wird. Gleichzeitig scheint aber jede/r sagen

und schreiben zu können, was sie/er will. Man darf sich also rassistisch, militaristisch, verlogen, ehrabschneiderisch, rechtsextremistisch etc. äußern. Finden Sie das richtig? In Art. 3 des GG heißt es doch: „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen und politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.“

Prinzipiell finde ich es richtig, die Presse- und Meinungsfreiheit so weit wie individuell und gesellschaftlich irgendwie erträglich auszulegen. Eine freie Gesellschaft muss auch das Polemische, das Peinliche, die Propaganda ertragen. Vor allem: Wer zieht die Grenze? Welche Institution definiert, was unerträglich ist? Der Ethikrat? Das Landgericht? Die Reichsschrifttumskammer?

Zudem finden sich neben der Leugnung des Holocaust (§ 130 StGB, Abs. 3) im Strafgesetzbuch viele weitere medienrelevante Tatbestände. Etwa das Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen (§ 86), die Öffentliche Aufforderung zu Straftaten (§ 111), die Gewaltverherrlichung (§ 131), die Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen (§ 166). Hinzu kommt der Komplex Beleidigung, üble Nachrede, Verleumdung und die Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener (§ 185, 186, 187 und 189). Im schon zitierten Volksverhetzung-Paragrafen 130 steht auch geschrieben, dass es strafbar ist Schriften herzustellen, zu verbreiten und sogar zu beziehen, „die zum Hass gegen Teile der Bevölkerung oder gegen eine nationale, rassische, religiöse oder durch ihr Volkstum bestimmte Gruppe aufstacheln, zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen gegen sie auffordern oder die Menschenwürde anderer dadurch angreifen, dass Teile der Bevölkerung oder eine vorbezeichnete Gruppe beschimpft, böswillig verächtlich gemacht oder verleumdet werden...“ Das sind jede Menge Paragrafen, die – bei allzu strikter, obrigkeitstaatlicher Anwendung – auch eine Menge Unheil anrichten könnten.

Das Hauptproblem ist meiner Ansicht nach, dass jeder sagen und schreiben kann, was er will. Ein solcher Zustand ist erst einmal erstrebenswert. Die stete Frage hingegen ist, wie es eine demokratische Öffentlichkeit schafft, ihre Bandbreite und Vielfalt zu erhalten und dabei ihre Ideale hochzuhalten. Wie verhindert werden kann, dass talentierte Lautsprecher den Fokus der öffentlichen Debatte abdrängen von den Kernwerten der Grund- und Menschenrechte. Just hat uns die „Sarrazin-Debatte“ gezeigt, wie stark eine populistische, Emotionen anstachelnde Kampagne wirken kann, wenn „Leitmedien“ wie BILD, SPIEGEL und der Talkshow-Zirkus sie transportieren.

Der Karikaturenstreit um die Person Mohameds, der von der rechtslastigen dänischen Zeitung Jyllands Posten bewusst und hartnäckig provoziert worden ist, hat ein weltweites

Echo gefunden. Unter Hinweis auf die Meinungs- und Pressefreiheit wurde der Abdruck mehrheitlich begrüßt und viele der Karikaturen wurden zigfach wieder abgedruckt. Die Folgen waren, dass sich einerseits die Muslime beleidigt sahen und teilweise mit Gewalttaten reagierten, zugleich provozierte dieser Streit rassistische Reaktionen in den Bevölkerungen besonders des Westens. Ich finde, dass in diesem Fall, den ich als exemplarisch einschätze, journalistische Verantwortung und journalistische Ethik zutiefst verletzt worden sind. Wie sehen Sie diesen Fall und / oder auch ähnlich gelagerte Fälle?

Komplizierter Fall. Sicher ist der „Karikaturenstreit“ vor fünf Jahren international hochgespielt worden. Aber eben nicht nur von Jyllands-Posten, nicht nur von den vielen Medien in über 50 Ländern, die diese übrigens grottschlechten Karikaturen im Namen der Meinungsfreiheit nachdruckten. Sondern auch von aufgestachelten Gruppen in etlichen islamischen Ländern, die von ihren Predigern und Medien hörten, dass diese albern dänischen Zeichnungen eine furchtbare Attacke des ungläubigen Westens auf sie und ihre Religion darstelle. Und daraufhin fundamental beleidigt waren, Fahnen verbrannten und Botschaften bedrängten.

Dieses enorme beidseitige Hysteriepotential ist beunruhigend. Und wohl nur auf dem Hintergrund des „Clash-of-cultures“-Diskurses seit dem Terroranschlag vom 11. September 2001 zu verstehen. Ein Diskurs, der vor allem auf das Überzeichnen von Feindbildern abzielt. Hier werden Glaubenskriege geführt (und auch ganz reale Kriege), die zu einer Verrohung der öffentlichen Debatte geführt haben.

Ich habe mich oft gefragt: Hätte ich die Karikaturen nachgedruckt? Ich vermute: Ja. Zusammen mit vielen Berichten und einer Analyse der Entgleisung der globalen Öffentlichkeit. Eingebettet in die großen Fragen: Worum geht es hier wem wirklich? Woher rührt die ungeheure emotionale Sprengkraft?¹

Kurz zu Sarrazin! Seine unsäglichen Thesen zu Einwanderinnen und armen Leuten sind in den Medien millionenfach nachgebetet worden: in der BILD-Zeitung, im SPIEGEL, aber auch schon im letzten Jahr in der als ‚BILD für Intellektuelle‘ bezeichnete Zeitschrift Lettre International. Sie entbehren nicht nur wissenschaftlicher Begründung, sondern haben zugleich große Resonanz in breiten Kreisen der Bevölkerung bis in die große Politik hinein gefunden. Das ist ein gefundenes Fressen für Rassisten und machbesessene Partei-Strategen. Auch in dieser Hinsicht vermisste ich die demokratische Verantwortung der Medien. Wie beurteilen Sie das?

Sarrazin provozierte eine lehrreiche Erupti-

¹ Die Debatte ist auf Wikipedia übrigens ganz gut dokumentiert: http://en.wikipedia.org/wiki/Jyllands-Posten_Muhammad_cartoons_controversy

on des Rechtspopulismus in Deutschland. Der Wirbel um „Deutschland schafft sich ab“ ist ein Paradebeispiel für eine geil gewordene Publizistik, die nur noch fette Säue durchs Dorf jagt, alle Ressourcen darauf konzentriert, beim „Aufreger“ der Woche dabei zu sein. Und dafür auch bereit ist, auch den niedersten Instinkt noch zu wecken, diese durchaus profitable Erregung anzuzünden mit erbbiologischem Unfug und absurden Verdrehungen, in der schon dadaistisch anmutenden Schlagzeile mündend: „Bild kämpft für Meinungsfreiheit!“

Besonders unschön: Neben offener Verachtung für eine vermeintlich dumme, aber umso vermehrungsfreudigere Unterschicht bricht sich hier etwas Bahn, was ich als Kern rechtspopulistischer Rhetorik betrachte: Die Verachtung der Politik an sich. „Die Politiker“, so klingt seit Monaten der postdemokratische Refrain, der auch jetzt wieder laut angestimmt wird, „die Politiker“ taugen ja sowieso alle gar nichts.²

In Ihrem Buch zitieren Sie Richard Sennett mit den Worten: „Die Massenmedien befechtigen das Schweigen der Menge.“ Aber die Menge wehrt sich, wie Stuttgart 21, die Massenproteste gegen die Heraufsetzung der Altersgrenze oder die Proteste gegen die Verlängerung der Atomkraft-Laufzeiten zeigen. Haben die Medien aufgehört, die „Vierte Gewalt“ zu sein und wenn ja, woran liegt das Ihres Erachtens?

Medien fungieren nur so lange als „vierte Gewalt“, wie sie sich als kritische, unabhängige Stimme in der Gesellschaft verstehen. Viele Medienmacher haben dieses Selbstverständnis aufgesteckt, füllen irgendwie ihre Seiten und Sendungen, möglichst schnell, billig und bunt, mit Entertainment, „Infotainment“, mit entpolitisierten „Geschichten“ aller Art. Doch das ist kein linearer Prozess. Es gibt immer wieder Gegenbewegungen. Und sei es der Streit um einen Kopfbahnhof im Südwesten, der eskaliert zu einer Grundsatzdebatte um Mitsprache und Teilhabe in der Demokratie. Ich glaube, wir gehen Zeiten entgegen, in denen die Medien wieder politischer werden. Und sei es nur, weil den Machern klar wird, dass ihr Publikum mehr Futter will und von der Sinnleere des derzeit gängigen Stoffs allmählich angeödet ist.

Tom Schimmeck arbeitet als freier Autor für die SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, die ZEIT, den DEUTSCHLANDFUNK, den NDR und vielen anderen Medien (www.schimmeck.de) Er war Mitbegründer der taz und Redakteur und Reporter bei TEMPO, SPIEGEL, PROFIL und WOCHE. 2007 erhielt er den Otto-Brenner-Preis, 2008 den Ernst-Schneider-Preis und 2009 den Deutschen Sozialpreis. Er lebt im Wendland. Das Buch „Am besten nichts Neues“ erschien 2009 im Wendland-Verlag (Frankfurt)

² Ich habe dazu ein kleines Radiostück montiert: http://www.swr.de/blog/swr2_dokublog/site/index.php?page=Artikel_lesen&id=150&PlayerLoad=1278



Regina Wamper / Helmut Kellersbohm / Martin Dietzsch (Hg.)

Rechte Diskurspiraterien
Strategien der Aneignung linker Codes,
Symbole und Aktionsformen

Edition DISS Band 28
ISBN 978-3-89771-757-2
288 S., 19,80 €

In den letzten Jahren ist ein verstärktes Bemühen auf Seiten der extremen Rechten zu beobachten, Themen, politische Strategien, Aktionsformen und ästhetische Ausdrucksmittel linker Bewegungen zu adaptieren und für ihren Kampf um die kulturelle Hegemonie zu nutzen. Dabei handelt es sich keineswegs mehr nur um ein Steckenpferd der intellektuellen „Neuen Rechten“, vielmehr wird dies auch von NPD und militanten Neonazis praktiziert. Im Resultat hat sich die extreme Rechte eine Bandbreite kultureller und ästhetischer Ausdrucksformen angeeignet, indem sie sich am verhassten ‚Vorbild‘ der Linken abgearbeitet hat. Man könnte auch sagen: Um überzeugender zu wirken, hat sie kulturelle Praktiken und Politikformen der Linken ‚entwendet‘ – allerdings nicht, ohne sie mit den eigenen Traditionen zu vermitteln.

Solche Phänomene sind keineswegs neu. Auch der Nationalsozialismus bediente sich der Codes und Ästhetiken politischer Gegner und suchte Deutungskämpfe gerade verstärkt in die Themenfelder zu tragen, die als traditionell links besetzt galten. Auch in den 1970er Jahren waren solche Strategien vorhanden. Es stellt sich die Frage, warum und in welcher Form diese Diskurspiraterien heute wieder verstärkt auftreten.

Mit Beiträgen von Renate Bitzan, Martin Dietzsch, Richard Gebhardt, Siegfried Jäger, Christina Kaindl, Sabine Kebir, Helmut Kellersbohm, Britta Michelkens, Christoph Schulz, Lenard Suermann, Fabian Virchow, Volker Weiß, Volker Woelk und Jens Zimmermann.



Siegfried Jäger / Jens Zimmermann
 hg. in Zusammenarbeit mit der Diskurswerkstatt im DISS

Lexikon Kritische Diskursanalyse

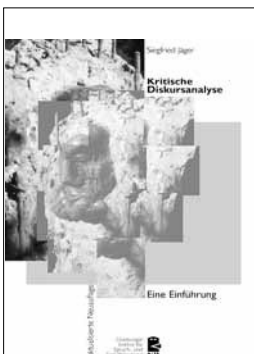
Eine Werkzeugkiste
 Edition DISS Bd. 26
 ISBN 978-3-89771-755-8
 144 S., 16 €

Diskursanalyse (-theorie) im Allgemeinen und die Kritische Diskursanalyse im Besonderen gehören mittlerweile zum theoretischen und methodischen Kanon der geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschung.

Das Begriffslexikon will den aktuellen Stand der Kritischen Diskursanalyse (KDA) theoretisch, methodisch und begrifflich erfassen. Es präzisiert Begrifflichkeiten und bietet darüber hinaus als Nachschlagewerk Hilfestellungen für konkrete empirische Arbeiten sowie Anregungen für die weitere theoretische Diskussion.

Die Diskursanalyse setzt sich interdisziplinär kritisch mit gesellschaftlichen Deutungs- und Wirklichkeitsproduktionen auseinandersetzen und ermöglicht es, Gegenstrategien zu hegemonialer Politik zu formulieren.

Das Lexikon enthält über 200 Definitionen zentraler Begriffe. In einer Einleitung wird das zentrale Netz von Diskurstheorie und Diskursanalyse entfaltet, in dem sich diese Begriffe verorten lassen.



Siegfried Jäger

Kritische Diskursanalyse

Eine Einführung
 5. Auflage
 Edition DISS Bd. 3
 ISBN 3-89771-732-8
 404 S., 24 €

Diskursanalyse und Politikwissenschaft

Methodologische Anmerkungen zu einem schwierigen Verhältnis

von Jens Zimmermann

Qualitative Methoden haben es in der deutschen Politikwissenschaft traditionell schwer. Zumindest in der empirischen Politikforschung liegt der Fokus meist und gerne auf quantitativer Wahl- und Umfrageforschung. Dafür gibt es mehrere Gründe. Nur wenige politikwissenschaftliche Forschungsarbeiten integrieren eine explizit methodologisch und theoretisch reflektierte Perspektive auf ihren Gegenstand (vgl. Kittel 2009 und Nullmeier 2006, 287). Darüber hinaus hat eine Rezeption von Theorien im Kontext des *cultural turn*¹, dem dominanten Theorieparadigma der Sozialwissenschaften, bisher zögerlich stattgefunden (vgl. Nullmeier 2006). Dies ist umso verwunderlicher, da sich Bereiche der Politikwissenschaft, wie zum Beispiel die politische Kulturforschung, anbieten, das methodologische und methodische Inventar von Ansätzen im Anschluss an den *cultural turn* in ihre Forschung einzubeziehen. Die reduzierte Methodensensibilität in Teilen der deutschen Politikwissenschaft und die damit verbundene geringe Reflexion der methodologischen Fundierung empirischer Forschung stellt jedoch für die Etablierung neuer Ansätze hohe Hürden auf. An dieser Stelle muss Methodenentwicklung einsetzen und den Zusammenhang von Methodologie und Methode als zentralen Punkt wissenschaftlicher Erkenntnis herausstellen, denn ohne methodologische Reflexion der Methode wird diese zum beliebigen Instrument. Im Folgenden soll daher eine politikwissenschaftliche Perspektive (politische Kulturforschung) aus dem spezifischen Blick der Diskursforschung formuliert werden.

Seit den Pionierstudien politischer Kulturforschung in den 1950ern² dominieren quantitative Forschungsansätze, die politische Kultur als Ensemble von abfragbaren Einstellungsmustern fassen. Diese Dominanz wurde in den letzten Jahren zunehmend brüchig, ohne jedoch seine zentrale forschungslagische Rolle zu verlieren. Dennoch ist ein gesteigertes Interesse an kulturtheoretischen Perspektiven auf poli-

1 Unter *cultural turn* verstehe ich das Aufkommen von kultursoziologischen Perspektiven und Fragestellungen mit Beginn der 1960er, die ein erweitertes und analytisches Konzept von „Kultur“ etabliert haben.

2 Die Studie „The Civic Culture“ (1963) von Gabriel Almond und Sidney Verba gilt als grundlegendes Werk der politischen Kulturforschung.

tische Prozesse zu verzeichnen (vgl. Schwelling 2004). Exemplarisch lässt sich dies an der von Steffen Hagemann diagnostizierten kulturtheoretischen Neuorientierung der politischen Kulturforschung verdeutlichen. Insgesamt lassen sich aus seiner Sicht drei Merkmale für die Rekonstruktion politisch-kultureller Fragestellungen unter Berücksichtigung des *cultural turns* angeben:

1. Für die Organisation sozialer und damit auch politischer Wirklichkeit haben kollektive Deutungsmuster, symbolische Ordnungen und kulturelle Codes eine konstitutive Funktion;

2. diese Deutungsmuster etc. sind Vorgaben für soziales und politisches Handeln;

3. Politik wird somit als „Deutungskampf“ konzipiert. (Vgl. Hagemann 2010, 29-32)

Die Fokussierung auf eine kulturelle Prägung von Politik findet dabei auf zwei Ebenen statt: „[N]eben den kurzfristigen empirischen Einstellungsbefunden gegenüber dem politischen System [geraten] auch jene grundlegenden Dispositionen und Dispositive, Wahrnehmungsmuster und Beurteilungsmaßstäbe in den Blick, anhand derer Politiken und Ideologien strukturiert, sortiert und bewertet werden. Diese zweite Ebene rekurriert stärker auch auf die historische und kulturelle Genese der politischen

„In jüngster Zeit haben Diskursanalysen auch Eingang in neue Methodenbücher der Politikwissenschaft gefunden, jedoch stehen sie relativ unvermittelt neben anderen qualitativen und quantitativen Ansätzen. Hier besteht also großer Nachhol- und Reflexionsbedarf.“

Kultur.“ (Hagemann 2010, 28)

Im Kontext der *Kritischen Diskursanalyse* (KDA) wird unter Diskurs ein „(...) rhyzomartig verzweigter mäandernder ‚Fluss von ‚Wissen‘ bzw. sozialen Wissensvorräten durch die Zeit‘ [verstanden], der durchaus auch einmal rückwärts fließen, Seen hinterlassen oder durchqueren kann, zeitweilig auch restlos versiegen kann, und [der] (...) die Vorgaben für die Subjektbildung und die Strukturierung und Gestaltung von Gesellschaften [schafft].“ (Jäger, M./ Jäger, S. 2007, 23)

Der Diskurs-Begriff umfasst somit die drei Merkmale, die Hagemann als Charakteristika der Neufundierung politischer Kulturforschung ausmacht. Um jedoch hieraus einen methodologischen Begründung zu gewinnen, muss die spezifische Perspektive der Diskursforschung einbezogen werden.

Im Rahmen der an Michel Foucault orientierten Diskursforschung kann diese methodologische Position als „interpretative Analytik“ bezeichnet werden. Als deren wichtigstes Merkmal kann die „methodologische Ausklammerung des subjektiven Sinns“ (Diaz-Bone 2006, 76) verstanden werden. Demnach werden Diskurse nicht durch Interaktion „ausgehandelt“, sondern sind transsubjektive „Produzenten“ sozialer Wirklichkeit – Diskurse sind sowohl strukturierend als auch strukturiert. Sie generieren Subjektpositionen und Applikationsvorgaben, welche von den Individuen übernommen und reproduziert werden oder verändert werden können. Diskursanalyse versucht daher, verschiedene Ebenen des Diskurses zu analysieren und zu rekonstruieren. Im Fokus stehen dabei die „Formationsregeln“ des Diskurses (Foucault 1988, 48ff.) - genauer: die Struktur des Diskurses. Klassische Fragen, die dabei von Interesse sind, lauten: Welches Aussagenfeld konstituiert den Diskurs? Welche Begriffe tauchen auf? Was darf/ kann gesagt werden? Welche Sprecherpositionen gibt es? Was sind Positionen des legitimen Sprechens? Was sind sogenannte diskursmächtige Individuen?

Aus der Perspektive der Politikwissenschaft handelt es sich also um die Erfassung spezifisch symbolischer *Möglichkeitsbedingungen* der Konstruktion politischer Identitäten und Fremd-/Selbstbilder, narrativer Deutungsangebote politischer Prozesse sowie von Kämpfen um Deutungshegemonie. Aus dieser Warte kann die „subjektive Sicht“ (Einstellungen etc.) der politischen Kulturforschung um ein methodologisch abgesichertes Programm erweitert werden, das die kulturellen und symbolischen sowie transsubjektiven *Möglichkeitsbedingungen* von politischen Prozessen reflektiert. Politische Kultur ist damit neben der subjektiven Einstellungsdimension beschreibbar als diskursive Wissensordnung, die spezifische Deutungsmuster für die Wahrnehmung von Politik zur Verfügung stellt und so den Rahmen für diverse (politische) Subjektivierungsprozesse (politische Identität, poli-

tisches Bewusstsein) zieht.

Im Rahmen politischer Kulturforschung wäre es vorstellbar, sowohl einzelne Debatten als auch einzelne Themen zu rekonstruieren. In jüngster Zeit haben Diskursanalysen auch Eingang in neue Methodenbücher der Politikwissenschaft gefunden; jedoch stehen sie relativ unvermittelt neben anderen qualitativen und quantitativen Ansätzen. Hier besteht also großer Nachhol- und Reflexionsbedarf. Um diskursanalytisch inspirierte Politikforschung zu etablieren, muss ihr methodologischer Standpunkt klar artikuliert werden: „Die interpretative Analytik ist als Methodologie für die Art der Verwendung und den Zuschnitt von Techniken und Methoden instruktiv. Techniken werden erst zu wissenschaftlichen, wenn in ihre Entwicklung und Handhabung die Vortheorie als Metaphysik eingeht.“ (Diaz-Bone 2006, 77)

Für die Politikwissenschaft bedeutet dies, dass neben akteurszentrierten und institutionalistischen Perspektiven keine interaktionistischen Konzeptionen gestellt werden. Dagegen kann eine diskurstheoretische Perspektive hilfreich sein, das „Politische“ und seine Voraussetzungen zu erfassen. Diskursanalyse kann so eine sinnvolle (methodologische und methodische) Erweiterung des Blicks auf politische Prozesse darstellen.

Literatur

Diaz-Bone, Rainer (2006): Die interpretative Analytik als methodologische Position, in: Kerchner, Brigitte/ Schneider, Silke (Hrsg.) (2006): Foucault. Diskursanalyse der Politik, Wiesbaden, 68-84.

Foucault, Michel (1988): Archäologie des Wissens, Frankfurt a.M.

Hagemann, Steffen (2010): Politische Kultur, Nation und nationale Identität. Die kulturtheoretische Wende in der politischen Kulturforschung, in: Brumlik, Micha/ Hagemann, Steffen (Hrsg.) (2010): Autoritäres Erbe und Demokratisierung der politischen Kultur, Berlin, 25-44.

Jäger, Margarete/ Jäger, Siegfried (2007): Deutungskämpfe. Theorie und Praxis Kritischer Diskursanalyse, Wiesbaden.

Kittel, Bernhard (2009): Eine Disziplin auf der Suche nach Wissenschaftlichkeit. Entwicklung und Stand der Methoden in der deutschen Politikwissenschaft, in: Politische Vierteljahresschrift, Heft 3, 577-603.

Nullmeier, Frank (2006): Politikwissenschaft auf dem Weg zu Diskursanalyse? In: Keller, Reiner (2006): Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden, Wiesbaden, 287-313.

Schwelling, Birgit (Hrsg.) (2004): Politikwissenschaft als Kulturforschung. Theorien, Methoden, Problemstellungen, Wiesbaden.



Siegfried Jäger (Hg.)

Wie kritisch ist die Kritische Diskursanalyse?

Ansätze zu einer Wende kritischer Wissenschaft

Edition DISS Bd. 20

ISBN 978-3-89771-749-7

272 S., 24 €

Welcher zivilgesellschaftlich-politischer Nutzen hat eine an Michel Foucault orientierte Kritische Diskursanalyse? Inwiefern kann sie einen Beitrag zur Gestaltung subjektiver und gesellschaftlicher Wirklichkeiten leisten?

Die Beiträge gehen diesen Fragen sowohl theoretisch-methodisch wie empirisch nach. Sie verdeutlichen die Bandbreite der Einsatzmöglichkeiten von Diskursanalysen – vor allem bei der Behandlung brisanter Themen.



Niels Spilker

Die Regierung der Prekarität

Zur neoliberalen Konzeption unsicherer Arbeitsverhältnisse

Edition DISS Band 27

ISBN 978-3-89771-756-5

160 S., 18 €

Wie genau entwerfen Erfolgsratgeber das unternehmerische Selbst? Wie wird Menschenführung in prekären Arbeitsverhältnissen konzipiert? Und in welchen gesellschaftlichen Verhältnissen können diese neuen Technologien der Regierung überhaupt wirkmächtig werden?

Niels Spilker untersucht Subjektivierungsformen im Postfordismus. Kritisch anknüpfend an die Arbeiten der *governmentality studies* untersucht er den Diskurs der Führung und des Selbstmanagements. Prekariisierung als „zum allgemeinen Dauerzustand gewordene Unsicherheit“ (Bourdieu) legt die Technologien der Fremd- und Selbstführung nahe und plausibilisiert das Diktat der Optimierung, der Flexibilität und des individuellen Erfolgs.



Steffen Hagemann
Israel. Wissen, was stimmt,
 2010 Freiburg: Herder-Verlag
 ISBN 978-3-451-06159-2
 126 S., 8,95 €

Wohl kein anderer Staat der Welt wird so regelmäßig zum Projektionsfläche wie Israel, so dass zwischen Realität und Fiktion kaum noch zu unterscheiden ist. Medial präsent ist Israel nur als ein Staat, der Krieg führt oder ein Angriffsziel islamistischer Gruppen bildet.

Dieser Komplexitätsreduktion will der Politologe und Israelkenner Steffen Hagemann in seiner Monographie ein differenziertes Bild entgegensetzen, welches vor allem die inneren Widersprüche aufnimmt und in einen politischen und gesellschaftlichen Kontext setzt. Dieses Anliegen wird schon in der Konzeption des Bandes deutlich. Die Themenfelder Geschichte des Zionismus, politisches System, Israels Wirtschaft, Nahost-Konflikt sowie die Außenpolitik des Staates werden durch – medial präsent – Aussagen problematisiert. So erörtert Hagemann ausgehend von der Frage „War die Gründung des israelischen Staates eine Reaktion auf den Holocaust?“ die realpolitischen Prozesse, die zur Staatsgründung geführt haben.

Diese problemzentrierte Vorgehensweise fordert den/die LeserIn – und das ist vom Autor auch gewollt: „Entsprechend sind alle Themen, die in diesem Band angesprochen werden, hochgradig umstritten. Leserinnen und Leser sind daher aufgefordert, die hier gegebenen Antworten zum Ausgangspunkt eigener Reflexion zu machen.“ (9) Gerade das dritte Kapitel,

das unter anderem den Einfluss von Militär und Religion auf den israelischen Staat und die Gesellschaft diskutiert, lädt zur Diskussion ein. Das fünfte Kapitel, in dem den Konflikt mit den Palästinensern reflektiert wird, ist das mit Abstand kontroverseste aber auch informativste. Ausführlich wird auf die Siedlungspolitik, palästinensische Flüchtlinge und den immer wieder ins Stocken geratenden Friedensprozess eingegangen. In den Ausführungen zur Siedlerbewegung lässt Hagemann erkennbar seine eigene Forschung einfließen und präsentiert interessante Einsichten. Insgesamt eignet sich diese kleine, knapp 120 Seiten umfassende Monographie bestens für die Arbeit in der politischen Bildung aber auch für private Diskussionen, da sie in aller Kürze zwischen Faktenvermittlung und Diskussionsimpuls oszilliert.

Jens Zimmermann



Shlomo Sand
Die Erfindung des jüdischen Volkes. Israels Gründungsmythos auf dem Prüfstand
 2008 Berlin: Propyläen
 ISBN 978-3549073766
 512 S., 24,95 €

Manchmal tut es gut, ein Buch, das hohe Wellen geschlagen hat, ein wenig ruhen zu lassen und erst später zur Hand zu nehmen. Shlomo Sands Buch *Die Erfindung des jüdischen Volkes* ist so ein Fall. Lange rangierte es in der israelischen Bestsellerliste weit vorne – in Frankreich löste es direkt eine Debatte unter Intellektuellen aus. Kurzum: an diesem Buch kann man sich reiben.

Denn die Hauptthese des Au-

tors mag provozieren. Sein Anliegen ist es, das Metanarrativ einer jüdischen Nationalmythologie zu dekonstruieren, welches das jüdische Volk als eine ethnisch-kohärente Gemeinschaft durch die Jahrhunderte definiert (51). In der historischen Nationalismusforschung ist die Dekonstruktion von „ethnischer Homogenität“ als Legitimation der Nation spätestens seit Benedict Andersons *Die Erfindung der Nation* und der konstruktivistischen Wende zum Allgemeingut geworden. Nationalmythen, die sowohl Heldentaten als auch Leidensgeschichten als symbolische Identitäts- und Assoziationsangebote formulieren, stehen daher besonders im Fokus der Forschung. Der Wirkmächtigkeit solcher Fiktionen ist sich auch Sand bewusst. Daher greift er zu Beginn die israelischen Lehrstühle für die „Geschichte des Volkes Israel“ an. Ihnen wirft er vor, relevante Paradigmenwechsel in der Forschung zu ignorieren und sich so zu einer Sparte entwickelt zu haben, die jenseits der „allgemeinen Geschichtswissenschaft“ existiert (45ff.) und dabei den von ihm kritisierten Mythos reproduziert. Diesen „seit langem etablierten historiographischen Diskurs“ (52) setzt der Autor eine „alternative Geschichtserzählung“ (ebd.) entgegen, in dem er sich auf das Feld der Bibelforschung, Altertumswissenschaften und Archäologie begibt und dabei die Vorstellung eines kontinuierlich existierenden jüdischen Volkes als angebliche Fiktion zu entlarven versucht.

Die Erfindung des jüdischen Volkes ist ein komplexes Buch, zumal Sand ein feines Netz von Begriffen der Nationalismusforschung verwendet, mit dessen Bedeutung die/der LeserIn vertraut sein sollte. Ansonsten können zentrale Differenzierungen, wie zum Beispiel die Unterscheidung zwischen „ethnischem“ und „bürgerlichem“ Volksbegriff, nicht eingeordnet werden. Auch seine Argumentation hält so manche Irreführung bereit. Sand bestimmt den Ursprung der jüdischen Nationalmythologie in der Konstitutionsphase des europäischen Zionismus des 19. Jahrhundert und setzt ihn damit in den Kontext mit europäisch-bürgerlichen Natio-

nalbewegungen (84-94). Den europäischen Zionismus als Nationalbewegung zu bestimmen, unterschlägt allerdings seine Binnendifferenzierung in teils zerstrittene politisch-ideologische Lager und geographisch divergierende Zentren, die sich zum Beispiel im deutschen Kaiserreich nur zögerlich und nur teilweise im Dachverband der Zionistischen Vereinigung für Deutschland zusammenschlossen. Doch Sand will gerade keine Geschichtsschreibung zur zionistischen Bewegung leisten, sondern eine Dekonstruktion der jüdischen Nationalmythologie, in dem er von der Forschung übergangene Ergebnisse neu darstellt und interpretiert.

Dieses Dickicht an Argumentationen und Quellen erschwert jedoch den Nachvollzug seiner These, die die Existenz eines ethnisch-homogenen jüdischen Volkes bestreitet. Plausibel wird dieses vorgehen dennoch, wenn man aufmerksam die einleitenden Worte des Bandes zur Kenntnis nimmt. Dort beschreibt Sand seine eigenen Erfahrungen auf der Suche nach seiner Identität als Israeli. Identität ist für ihn ein dynamisches aber auch notwendiges Konzept – nicht zuletzt auch eine Zumutung und Zwang. Die ausführliche Schilderung persönlicher Erlebnisse, in denen die Frage der (staatlich verordneten) Identität zum Schlüsselmoment der eigenen Biografie wird, kann als „Lektürehilfe“ verstanden werden. Der Autor scheint so selbst auf der Suche zu sein, wenn er „den Ursprüngen und Methoden der israelischen Identitätspolitik auf den Grund gehen will.“ (22)

Dieser biografisch-subjektive Zugang schmälert den wissenschaftlichen Ertrag, der allerdings auch alles andere als neu ist. Vielmehr sollte *Die Erfindung des jüdischen Volkes* als eine Streitschrift eines israelischen Historikers verstanden werden, der sich einmischen will und Stellung bezieht. Es ist Teil eines innerisraelischen Diskurses, in dem erbittert um die Identität des Staates gestritten wird und damit einer spezifischen politischen Kultur, die dem/der LeserIn aber gegenwärtig sein muss, wenn er/sie das Buch zur Hand nimmt.

Jens Zimmermann

Vielstimmige Konsensrhetorik, börsenreife Unis

Zwei sehr lesenswerte Neuerscheinungen zum Macht-Wissen und zur Rationalität im neoliberalen Bildungssystem

Niels Spilker



Clemens Knobloch
Wir sind doch nicht blöd!
Die unternehmerische Hochschule.

2010 Münster: Verlag
ISBN 978-3-896-91790-4
Westfälisches Dampfboot
264 S., 24,90 Euro



Jens Maeße
Die vielen Stimmen des Bologna-Prozesses. Zur diskursiven Logik eines bildungspolitischen Programms.

2010 Bielefeld: Transcript Verlag
ISBN 978-3-8376-1322-3
286 S., 28,80 Euro

Im Rahmen einer studentischen Aktionswoche am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin waren im Sommer die Professorin Tanja Börzel und der Emeriti Elmar Altvater zum Streitgespräch geladen: „Graduiertenschulen, Exzellenzinitiativen und neue Wege in der Bildung. Cui bono?“ Ein Streit hätte dieser Veranstaltung sicher gut getan, wollte aber nicht entstehen. Tanja Börzel betonte vielmehr Gemeinsamkeiten, indem sie bspw. – für einige nicht unüberraschend – die marxistische Gesellschaftskritik lobte. Die strukturelle Abhängigkeit von WissenschaftlerInnen gegenüber ihren Geldgebern schien kurzzeitig eine Kontroverse zu eröffnen. Eine Brotgelehrte zu sein, deren geistiger Horizont kein Quäntchen weiter reiche als derjenige der Geldgeber,¹ wies Tanja Börzel empört von sich. Schließlich kämen die Drittmittel ihrer Projekte von EU und DFG, welche sich ja bekanntlich einzig an Leitbildern wie Qualität und Innovation orientieren. Eine interessante Sichtweise auf

1 Vgl. die Abschiedsvorlesung von Elmar Altvater am Otto-Suhr-Institut auf <http://www.osi-club.de>.

hochgradig vermachtete Auswahlverfahren.

Diese Anekdote ist ein Hinweis auf die Konsensrhetorik, die Jens Maeße als zentrale Tendenz des aktuellen bildungspolitischen Feldes analysiert (2010: 155ff.). Seit etwa Anfang der 1990er Jahre hat sich Maeße folgend die „Bildungsreform“ als ein hegemoniales Schlagwort etabliert, dem sich kein Akteur ohne weiteres entziehen kann. Neu ist hierbei, dass sich die politischen Lager tendenziell auflösen: Waren Reformforderungen hier zunächst ein Feld linker und liberaler Akteure, bestreitet nun niemand mehr ihre Dringlichkeit. Die Rhetorik der sich politisch gegenüberstehenden Lager wird verdrängt durch eine Konsensrhetorik um die Schlagworte Wettbewerb, Innovation und Qualität. Diese Konsensform besteht in den Worten von Maeße darin, „dass alle Akteure im Konflikt die gleichen Instanzen herbeizitieren, um ihre Position als legitim zu markieren. Dadurch wird das Politische zurückgenommen und in den Modus einer ‚Sachauseinandersetzung‘ überführt.“ (ebd.:

160). Der Konsens wird so zur Ressource einer neoliberalen Gouvernementalität, indem er Handlungsfelder strukturiert.

Jens Maeße untersucht das heterogene Gebilde ‚Bologna‘ als diskursive Formation. Er beschreibt zunächst den diskursiven Kontext sowie die Anordnung von Aussagen im Äußerungsfeld und interpretiert seine Ergebnisse im Anschluss an die Hegemonietheorie von Laclau/Mouffe. Zentraler Effekt „technokratischer Konsenspolitik“ ist für ihn, dass politische Verantwortung für Bologna sowie Implikationen der Transformation unsichtbar werden. Die Aussagen im Diskurs werden strategisch um eine Problemstellung angeordnet, die immer „bereits getroffene“ Entscheidungen zur Voraussetzung hat. Maeßes Studie des vielstimmigen Bologna-Prozesses ist insgesamt eine theoretisch voraussetzungsvolle und dabei absolut lohnende und inspirierende Lektüre.

Clemens Knobloch kritisiert in seinem nicht weniger lesenswerten Buch vor allem die Implikationen und Paradoxien der neuen Macht-Architektur, welche die Hochschulreform der letzten Jahre kennzeichnen. Vorgelegt hat er eine umfassende Bestandsaufnahme ihrer politischen Semantik. Wie sieht sie Knobloch folgend also aus, „die Effizienz im Wanderland einer Universität, die nun endlich autonom und ohne staatliche Detailvorgaben operiert“? Als zentral beschreibt er einen Imperativ der Verdattung. Bevor ein Institut hinsichtlich seiner „Leistungsparameter“ gut da stehen kann, muss es gründlich vermessen werden. Bibliometrisch zum Beispiel, oder hinsichtlich eingeworbener Drittmittel. Knobloch beschreibt sehr anschaulich das permanente Qualitäts-Tribunal der Hochschullandschaft und die neu etablierte „Pädagogik der Rangliste“ (2010: 170). Die Botschaften, die sich mit dieser „Kontrollsemantik“ verbindet, ist klar. Erstens: Stelle dich dem Vergleich! Zweitens: Mobilisier-

re und optimiere dich – permanent!

Kolonisiert wird die Universität „im Namen von Autonomie und Freiheit“ (ebd.: 14). Die Konzeption der unternehmerischen Hochschule macht Knobloch als wirkmächtigen Diskurs kenntlich, der sich in einer völlig neuen Rationalität der Institution äußert, in neuen apparativen Settings, neuen Dienstleistern mit eigenen Interessen. Er beschreibt zudem die Lockrufe der Bertelsmann Stiftung (u.a.) und fragt damit nach Akteuren der Hochschulreform, geht also an diesem Punkt also über eine reine Diskursanalyse hinaus.

Zurück ans Otto-Suhr-Institut. Tanja Börzel ist während des eingangs erwähnten Streitgesprächs regelrecht erobert über InstitutskollegInnen, die nichts „schaffen“, die zu wenig publizieren, forschen, lehren. Schließlich sei sie Schwäbin. Was publiziert, geforscht und gelehrt wird, ist ihr offensichtlich egal, solange nur alle innovativ und permanent in Bewegung sind. Wer sich dieser Rationalität der neoliberalen Universität entzieht, bekommt beim Vergleich der Leistungsparameter keine Punkte, also auch kein Geld. Urteile und Vergleiche werden in der re-formierten Universität zu zermürbenden Mitteln der Kontrolle. Wer dieses Beurteilungsfeld in welcher Form mittels welcher politischer Technologie kontrolliert, ist aber Dank der beiden Autoren deutlicher geworden.

Das Bildungssystem formiert sich gegenwärtig neu. Als ein zentrales Dispositiv im regulativen Ensemble der Gesellschaft wird es angetrieben von der Sorge um mangelnde Innovation und Beweglichkeit. Dieses Dispositiv bleibt umkämpft, worauf zuletzt vor allem die Parolen der Studierendenstreiks verwiesen: „Wir sind kein Humankapital!“ Nicht zuletzt für eine Stärkung solcher Positionen liefern beide vorgestellten Bücher wichtige Argumente.

Ausstellungen in Hamburg und Berlin

Freedom of Speech: Grenzen der Redefreiheit

Rolf van Raden

„Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten“ – mit diesem Satz verbrieft das deutsche Grundgesetz die sogenannte Meinungsfreiheit. Und doch können längst nicht alle alles sagen. Es ist ein inhärenter Teil von bürgerlich-demokratischen Verfassungen, die freie Meinungsäußerung nicht nur zu gewähren, sondern sie sogleich mit weiteren Bestimmungen einzuschränken. Darüber hinaus ist das, was faktisch sagbar ist, von weit umfangreicheren diskursiv-sozialen Macht- und Regelsystemen bestimmt als nur durch Gesetze.

In Zusammenarbeit mit dem DISS hinterfragen und analysieren der Hamburger Kunstverein und der Neue Berliner Kunstverein das Konzept der Redefreiheit. Dazu wurde eine Doppelausstellung konzipiert, die im Dezember 2010 sowohl in Hamburg als auch in Berlin ihre Pforten öffnet. Insgesamt geht es dabei um die ideologische Rolle, die *Freedom of Speech* in den westlichen Demokratien spielt: Als identitär-kollektiver Wert, als ständig bedrohtes Grundrecht, als uneingelöstes Versprechen und als zweiseitiges Schwert. Denn auf die Meinungsfreiheit können sich schließlich auch all jene berufen, die etwa rassistische Ausgrenzungsdiskurse forcieren wollen.

Anhand von Exponaten aus den Bereichen Medien, Geschichte und vor allem der Kunst macht die Doppelausstellung ganz unterschiedliche Strategien sichtbar, die das Feld des Sagbaren erweitern. Gezeigt werden vor allem künstlerische, politische und publizistische Grenzüberschreitungen, von denen viele vor Gericht landeten oder anderen empfindlichen Angriffen ausgesetzt waren. Das Spektrum der Ausstellungsstücke reicht dabei von progressiver und antirassistischer Kunst über gut gemeinte, aber doch gescheiterte Projekte bis hin zur Pornografie des Hustler-Magazins und den islamfeindlichen Mohammed-Karikaturen der dänischen Zeitung Jyllands-Posten. Die von Mitarbeiterinnen des DISS erstellten Analysen setzen sich jeweils kritisch mit den Exponaten, ihrem jeweiligen diskursiven Kontext und ihren Wirkungen auseinander. „Uns geht es vor allem auch darum, die Unterschiede klar herauszuarbeiten“, erklärt Regina Wamper, die an dem Projekt mitarbeitete. „Welche angeblichen oder tatsächlichen Tabubrüche wirken als Selbstermächtigung und untergraben Ausgrenzungsdiskurse? Und wo wird andersereits Free Speech zur Hate Speech, die selbst massiv ausgrenzt?“ Letztendlich steht die Frage im Raum, wie eine Gesellschaft ohne Einschränkungen von Redefreiheit, aber ebenso ohne Rassismus und andere Ausgrenzungsdiskurse denkbar ist.

Eine mögliche Antwort auf diese Frage haben DISS-Mitarbeiterinnen in einem umfangreichen Essay ausgearbeitet. Der Text erscheint im Januar in der Begleitpublikation zu der Doppelausstellung. Neben diesem theoretischen Beitrag werden in dem Buch außerdem Analysen zu insgesamt 18 Kunstwerken und publizistischen Äußerungen veröffentlicht, die vom DISS erstellt worden sind. Ebenfalls im Januar findet in Berlin und Hamburg ein Symposium statt, auf dem die Fragen noch einmal gründlich diskutiert werden können. Als Vortragende sind unter anderem Astrid Deuber-Mankowsky, Siegfried Jäger, Gabriel Kuhn und Jürgen Link eingeladen.

Freedom of Speech – Termine:

Ausstellung im Neuen Berliner Kunstverein: 11.12.2010-30.01.2011
 Ausstellung im Hamburger Kunstverein: 18.12.2010-13.03.2011
 Eröffnungsveranstaltung Berlin: Freitag, 10.12.2010, 19 Uhr
 Symposium: 21.01.2011 (Berlin) und 22.01.2011 (Hamburg)
 Eine umfangreiche Buchpublikation unter anderem mit dem Analysen des DISS erscheint im Januar 2011 im Verlag der Buchhandlung Walther König.

DISS und Steinheim-Institut

Deutsch-Jüdische Autoren des 19. Jahrhunderts zu Staat, Nation, Gesellschaft

Für die *Edition Deutsch-Jüdische Autoren des 19. Jahrhunderts. Schriften zu Staat, Nation, Gesellschaft* (im Böhlau-Verlag, Köln) konnten nun die endgültigen Zusagen wichtiger Herausgeber und Herausgeberinnen gewonnen werden. So wird Frau Uta Lohmann, Hamburg, einige zentrale, bisher aber kaum zugängliche Schriften des Berliner Aufklärers David Friedländer (1750-1834) edieren. Besonders bekannt wurde Friedländer durch sein (zunächst anonymes) *Sendschreiben von einigen Hausvätern jüdischer Religion* an den protestantischen Theologen Wilhelm Abraham Teller. Darin deutete Friedländer eine Form der „Glaubensvereinigung“ des Protestantismus und des Judentums an, was ihm heftige Kritik einbrachte. Frau Lohmann ist Judaistin und Germanistin und promoviert derzeit über David Friedländer und dessen Konzept von Bildung und bürgerlicher Gesellschaft.

PD Dr. Andreas Brämer, stellvertretender Direktor am Institut für die Geschichte der deutschen Juden (IGdJ), wird darüber hinaus den Band: *Ausgewählte Werke von Ludwig Philippson (1811-1889)* betreuen. Philippson kann als einer der vielseitigsten deutsch-jüdischen Autoren und als wichtiger Sprecher des deutschen Judentums des 19. Jahrhunderts gelten. Neben vielem anderen veröffentlichte er theologische Werke, aber auch Sammlungen von politischen Kommentaren. Seine Schrift *Die Religion der Gesellschaft und die Entwicklung der Menschheit zu ihr, dargestellt in zehn Vorlesungen* (1848) skizziert, wie in einem Sozialwesen das Ethos der Gleichheit realisiert werden kann. Soeben publizierte Dr. Brämer den Band *Deutsch-jüdische Geschichte, von innen. Kontinuität und Wandel in den jüdischen Gemeinden und Institutionen (1800–1914)*.

Derweil ist der erste Band der Anthologie *Schriften zur Jüdischen Sozialethik* im Druck. Unter dem Titel *Gotteserkenntnis und Menschenbild* umreißen darin deutsch-jüdische (aber auch zwei amerikanische) Autoren des 19. Jahrhunderts in insgesamt 29 Einzelbeiträgen die Grundlagen der jüdischen Lehre von der menschlichen Gleichheit. Weitere Bänder zur Nächstenliebe, zur sozialen und ökonomischen Gerechtigkeit und zum Verhältnis von Staat und Religion sollen folgen. Den Abschluss bildet ein Band, in dem es um den jüdischen Universalismus und Messianismus gehen soll.

Um die kulturellen Ziele der Edition bekannter zu machen, ist eine wissenschaftliche Präsentation in der Alten Synagoge in Essen geplant, bei der die Herausgeber der Edition, Vertreter des Verlags inhaltliche Aspekte der Edition vortragen werden. Vertreter der Sponsoren sind ebenso geladen wie die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats. Vor allem aber: Wir haben die Ministerpräsidentin, Frau Hannelore Kraft, zu dieser Präsentation eingeladen und sie gebeten, zur politischen Perspektive auf unser Projekt und seine Ziele zu sprechen. J.P.

Förderkreis des DISS

Das DISS finanziert sich über Drittmittel und über einen Förderkreis. Der Förderkreis hilft, die Grundkosten des Instituts teilweise abzudecken. Um unsere Arbeiten „gegen den Strich“ zu Rechtsextremismus, Migration, Biopolitik, Krieg weiterhin durchführen zu können, benötigen wir weitere finanzielle Unterstützung. Als Förderer (ab 10 € mtl.) erhalten Sie das DISS-Journal und werden auf Wunsch zu den jährlichen Colloquien und Work-shops eingeladen. Die Spenden sind steuerlich absetzbar.

Bitte spenden Sie auf das Konto 2 090 011 667 bei der Sparkasse Duisburg (BLZ 35050000).